Einzelpreis 30 Pf. Halle, Mittwoch, den 4. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 180

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105005. Hermann Schade.

# Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

## Von der 3. Internationale.

Ueber den gegenwärtig in Moskau tagenden Kongreß der 3. Internationale (Kommunisten) ist nur ein kurzer Bericht über die Eröffnungssitzung bekannt geworden. Die führenden Vorstandsmitglieder der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (Crispien, Däumig, Dittmann, Stöcker) nehmen an dem Kongresse teil. Crispien hat auch gesprochen und die Verhältnisse in der deutschen Partei dargelegt. Ueber eine nähere Mitteilung liegt noch nicht vor.

Doch wird über Amsterdam folgender Teilbericht über eine spätere Sitzung des Moskauer Kongresses berichtet. Das Hollandsch Nieuws-Bureau meldet:

In der Versammlung der 3. Internationale führte der italienische Kommunist Serrati aus, daß in Frankreich der Boden für eine Revolution jetzt nicht geeignet ist und daß daher die französische sozialistische Partei nicht in die Internationale aufgenommen werden darf. In Deutschland sei die Lage ganz anders. Dort ist die Revolution bereits eine Tatsache, daher könne auch die deutsche Unabhängige Partei aufgenommen werden. Für Italien trifft das gleiche zu. **Hier steht die Revolution unmittelbar bevor.** Italien befindet sich in einer ernsten Krise und die Notlage der Arbeiter und Bauern steigt tagtäglich. Die Revolution ist unvermeidbar und wir werden sie durchführen, obwohl es auch bei uns Opportunitätselemente gibt. Es kann über die Notwendigkeit einer Revolution kein prinzipieller Unterschied bestehen. Italien muß aber selbst die Entscheidung treffen, wann die Revolution beginnen soll. Darauf ergriff Lenin das Wort und begann eine ausführliche Analyse der Rede, die Crispien gehalten hat. Er sagte, daß diese Rede an sich selbst ein Dokument von großem Wert wäre, weil die Rede des rechten Flügels der deutschen Unabhängigen Partei klar daraus hervorgehe. Er bemerkte, daß die Ansicht von Crispien, die Diktatur des Proletariats sich fast vollkommen mit der Ansicht von Kautsky decke. Es ist deshalb kein Zufall, daß Crispien mit einem Wort den Kampf der Richtungen und Strömungen im Kongreß im allgemeinen und in der Partei der Unabhängigen berührt. Als Beispiel des Opportunismus der Deutschen unterstreicht Lenin gleichfalls den langen Aufschub, bevor die Unabhängigen sich von der Scheidemanngruppe getrennt hatten. Lenin analysiert dann die Haltung der Unabhängigen und besonders des rechten Flügels bezüglich der **Anwendung von Terrorismus und Gewalt.** Er fragt, welche Haltung die Partei einnehmen wird, wenn die Diktatur des Proletariats durchgeführt werden wird, und zwar hinsichtlich der Mörder von Rosa Luxemburg und Liebknecht, hinsichtlich der Offiziere der Weißen Garde, gegen den Preßwucher und gegen Krupp und Stinnes. Mit Rücksicht auf gewisse gegenrevolutionäre Elemente in der Partei weist Lenin darauf hin, daß eine Politik, die ohne Gewalt und Terror zurückschreckt, nicht existenzfähig sei. **Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus und ohne Gewalt gegen die schlimmsten Feinde des Proletariats und der arbeitenden Masse nicht denkbar.** Ihr sagt, daß Kautsky keinen Einfluß in unserer Partei hat, schließt Lenin, aber ihr selbst seid der lebendige Beweis dafür, daß er großen Einfluß hat, und daß dieser Einfluß für sehr schlimmer ist für die Massen, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky in einer Internationale zusammenwirken und wir wünschen kein neues Mitglied in unserer Kommunistischen Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautsky's Standpunkt stellt. Wir müssen uns vor Aufnahme neuer Mitglieder sorgfältig Rechenschaft geben, wie die politische Lage in dem betreffenden Lande ist. Wie Serrati ganz richtig bemerkt hat: unter den für die Revolution allerungünstigsten Umständen haben die Bolschewisten ihre Existenz durchgeführt.

Der Genosse Levy, Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, protestiert heftig gegen die Aufnahme der deutschen Unabhängigen in die kommunistische Internationale. Er beweist durch eine Serie von Dokumenten, daß die Unabhängige Partei systematisch die revolutionären Richtlinien bekämpft und sich zum Wilsonismus und pazifistischen Sozialismus hinneigt läßt. **Der Schweizer Droz** vertritt den gleichen Standpunkt hinsichtlich der Partei in der Schweiz, wo gleichfalls die Diktatur des Proletariats nicht anerkannt werde. Genosse Däumig behandelt die politische Entwicklung der Massen, die Mitglieder der deutschen Unabhängigen Partei sind und Mitglied der Unabhängigen Partei waren, und zeigt die Schwierigkeiten, die diese Gruppen zu bekämpfen haben. Der Genosse Stöcker stellt fest, daß verschiedene Genossen im Kongreß und in privaten Unterhaltungen mit ihm den Wunsch geäußert haben, daß die deutsche Unabhängige Partei sich endgültig auf einen anderen Standpunkt stellen soll und die Entscheidung bald getroffen werde. Er sagt, daß in dieser Partei verschiedene Ansichten über die Bedeutung des Proletariats im allgemeinen bestehen. Die Lage des politischen Lebens in Deutschland und die natürliche Entwicklung des Geistes in Deutschlands sei eine derartige, daß im Augenblick eine Entscheidung gegen die Unabhängigen unterbleiben könne. Man solle sich Rechenschaft davon geben, daß Rußland fortan über eine Armee von Millionen revolutionären Bauern verfüge. Auf der anderen Seite gebe es aber auch gegenrevolutionäre Bauern. Wir haben aber, was man in Rußland nicht hat, eine Armee von intellektuellem Proletariat, von Technikern, Handelsangestellten usw. und diese Armee verteidigt mit der Gewissenhaftigkeit die Diktatur des Proletariats und wird die Entwicklung erleichtern.

Der endet der Bericht. Ob er der Wahrheit entspricht und was er weiter wurde, läßt sich nicht erkennen.

•

### Die Delegation der USP. in Moskau.

**Zulassung mit beratender Stimme zum Kongreß der 3. Internationale.**

Dem Unabhängig-sozialdemokratischen Zeitungsdienst hat Genosse Crispien folgende, vom 23. Juli datierte Nachricht aus Moskau zugehen lassen:

„Die deutsche Delegation der USPD. am 18. Juli 1920 in Petersburg eingetroffen. Am 19. Juli feierliche Eröffnung des zweiten Kongresses der 3. Internationale in Petersburg im Taurischen Palais. Zug der Delegierten mit Musik und Fahnen, begleitet von Arbeiter- und Kinderdemonstrationen. Lenin sprach über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der 3. Internationale. Lenin sprach russisch, mit Rücksicht auf die vielen russischen Arbeiter und Frauen, die der Eröffnungssitzung beiwohnten. Die Uebersetzung der Rede ist in Aussicht gestellt, aber noch nicht vorgelegt.

Am 20. Juli fuhr der gesamte Kongreß mit Extrazügen nach Moskau. Am 23. Juli wurde die zweite Sitzung des Kongresses im alten Zarenschloß im Kreml abgehalten. Sinowjew referierte in deutscher Sprache über die Notwendigkeit und die Aufgaben der politischen (kommunistischen) Partei. Die politische Partei sei notwendig vor der Eroberung der politischen Macht und notwendig, ja von noch größerer Bedeutung, während der Diktatur des Proletariats. Die moderne Dreigliederung der Arbeiterbewegung sei Partei, Gewerkschaften, Räte. Aber Gewerkschaften und Räte beherrscht und geführt von der Partei. Die Rede war eine Absage an den Syndikalismus und an die KAPD.

Am 21. Juli nahm die Delegation der USPD. an einer Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale teil. Crispien gab eine gedrängte Darstellung von der Entwicklung und dem Wesen der USP. und dem Auftrag ihrer Delegation. Sie sei gekommen als Einleitung zu den Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses der USP. mit der 3. Internationale. Von Mitgliedern des Exekutivkomitees wurden verschiedene Fragen an die Delegation der USP. gerichtet, die in einer weiteren Sitzung beantwortet werden sollen. Das Exekutivkomitee beschloß, die Delegation der USP., wie die Genossen der französischen sozialistischen Partei, einzuladen, am Kongreß mit beratender Stimme teilzunehmen. Sobald die Arbeiten des Kongresses es gestatten, werden die Verhandlungen der USP. fortgesetzt."

# Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats.

## Das Entwaffnungsgesetz schon in zweiter Lesung angenommen!

### Donnerstag wird's beschlossen!

**Die Regierung kann zwar ihren Gewaltstreich nicht so schnell führen, daß am Montag, wie es geplant war, das Entwaffnungsgesetz mit seinem Diktator über die Arbeiterklasse schon endgültig beschlossen sein sollte. Aber sie erreicht es, daß der Reichstag am Donnerstag den letzten Akt des Spieles aufführt. Die Unabhängigen hatten auf diesem geschäftsordnungsmäßigen Recht, daß einige Tage zwischen den Lesungen vergehen müssen, bestanden.**

**In der Sache selbst hat nach scharfer Kritik der Reichstag einige kleine „Milderungen" in das Gesetz gebracht. So soll das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis dem Diktator nicht ausgeliefert werden, ebenso soll ein „Parlamentarischer Beirat" von 15 Abgeordneten errichtet werden, dem der Diktator „grundlegende Verfügungen" zur „Begutachtung" vorzulegen hat. All dem kommt nicht viel Bedeutung zu. Das Gesetz bleibt ein Gesetz zur Errichtung einer Diktatur über das sozialistische Proletariat. Nur durch andauernden Kampf wird die Arbeiterklasse verhüten, daß diese Diktatur zur dauernden Geißel für sie werde.**

**Das Berliner sozialistische Proletariat veranstaltet heute, Mittwoch, nachmittag eine große Demonstration gegen das Gesetz.**

•

### Reichstagsbericht.

**17. Sitzung. Dienstag, den 3. August, 10 Uhr vormittags.**

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

**Anfragen.**

Abg. Kunert (USP.) weist darauf hin, daß eine Eingabe des Geheimen Kriegsrats Uhlenbrock zur Berücksichtigung überwiesen wurde, daß aber nichts daraus erfolgt sei.

Ein Regierungsbeirreter erklärt, daß aus rechtlichen Gründen der Eingabe nicht Folge geleistet werden könnte.

Abg. Brandes (USP.) fragt an, ob Montagezulagen steuerpflichtig sind.

Es wird entgegnet, daß nur der Betrag, der den erforderlichen Aufwand überschreitet, steuerpflichtig ist. Dem Steuerabzug sind sie nicht unterworfen.

Abg. Kunert (USP.) stellt fest, daß die Berliner Einwohnerwehr sich umgetauft hat unter der Bezeichnung „Berliner Selbstschutz", und daß sie reaktionäre Zwecke verfolge.

Minister des Innern Koch: Die Einwohnerwehr Berlins ist seit dem 10. April aufgelöst. Ihre gesamten Waffendepots sind der Sicherheitswehr übergeben. Die Bildung des „Selbstschutzes" wird vom Polizeipräsidium aufmerksam verfolgt. Die Bestrebungen und Satzungen dieser Organisation unterliegen zurzeit eingehender Prüfung. Eine Anerkennung ist nicht erfolgt. Erst nach der Annahme des Entwaffnungsgesetzes wird die Einziehung der Waffen durch das Reich möglich sein. Es ist selbstverständlich, daß die Waffen eingezogen werden.

Abg. Koch (USP.) weist darauf hin, daß einzelne Sportvereine, wie der Klub Olympia, reaktionäre Organisationen seien, die auch über Waffenlager verfügen.

Minister Koch: Auch hier kann erst nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes eingeschritten werden.

Die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage gegen den Abg. Crispien (USP.) wegen Beleidigung wird nicht erteilt.

Die Geschäftslage.

Präsident Löbe teilt darauf mit, daß nach der zweiten Lesung der Entwaffnungsvorlage eine zweistündige Pause eintreten soll. Wahrscheinlich werde der Reichstag noch bis Donnerstag tagen müssen. (Unruhe und Widerspruch.)

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, der

**die pfändungsfreien Lohnsummen verdoppelt.**

Das Gesetz soll mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft treten.

Abg. Kaiser (Soz.) beantragt eine weitere Erhöhung der pfändungsfreien Lohnsumme auf 7500 Mark für Verheiratete und 6000 Mark für Ledige.

Staatssekretär Joel: Die Regierung kann über die Verdoppelung der Pfändungsgrenze nicht hinausgehen. Eine organische Neuordnung des Zwangsvollstreckungswesens wird ohnehin eintreten müssen, um den bekannten Schieberverträgen ein Ende zu machen.

Im Hammelsprung wird der sozialistische Antrag mit 161 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Die Regierungsvorlage wird darauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

### Zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes.

Der Ausschuß hat die Bestimmung eingefügt, daß für die Ablieferung rechtmäßig erworbener Waffen Entschädigung zu leisten ist. Die Reichswehr soll vom Entwaffnungskommissar zur Hilfeleistung nur dann herangezogen werden, wenn die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenablieferung nicht ausreichen. Die Verwendung der Reichswehr bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. — Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft und mit dem 1. März 1921 außer Kraft treten.

**Abg. Lübbring (Soz.):**

Regierung und Reichstag stehen bei diesem Gesetz unter dem Diktat der Entente. Wir wollen praktisch mitarbeiten, müssen aber die Gewähr haben, daß das Gesetz unter keinen Umständen zu einem

**Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse wird.**

(Sehr richtig! links.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es deswegen zu keinem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter führen kann, **weil die Arbeiterklasse wenig oder keine Waffen hat,** wie ich von Ostpreußen aus eigener Erfahrung beweisen kann. Aber Tatsache ist, daß

**die Gegenrevolutionäre bis an die Zähne bewaffnet**

sind. Alle die Märchen von sich bildenden Roten Armeen haben ihren Entzweck darin, die Aufmerksamkeit von sich anderes zu lenken. (Sehr richtig!) Die verfassungsuntreuen Elemente lauern nur auf die Gelegenheit, **von Ostpreußen aus den Kreuzzug gegen die Republik beginnen zu können.** (Widerspruch und Zurufe rechts.) Auch im anderen Teil Deutschlands ist die Arbeiterschaft nicht im Besitz von Waffen und der Widerstand der Rechten gegen das Entwaffnungsgesetz ist darum durchaus verständlich. (Sehr richtig!) Wenn das Gesetz seinen Zweck erreichen soll, dann ist es dringende Notwendigkeit, **auch die Einwohnerwehren zu entwaffnen,** gleichgültig unter welcher Maske sie auftreten. Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Gesetz zustimmen. (Sehr richtig!) In unserem Antrage haben wir ausdrücklich betont, daß nur die Reichswehr und die Berufspolizei im Besitz von Waffen sein darf. Die Fassung der Koalitionsparteien überläßt es dem Entwaffnungskommissar, auch die Einwohnerwehr im Besitz von Waffen zu belassen. Das darf, wie schon hervorgehoben, unter keinen Umständen der Fall sein. Die Regierung muß auch endlich energisch auftreten gegen die eigenmächtigen Handlungen der Wehrkreiskommandos, damit es nicht vorkommt, daß z. B. die Reichswehrbrigade Dassel **die Kriegervereine mit Gewehren alten Modells versieht.** (Lebhafter Beifall links.)

**Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.):**

**Das Gesetz bedeutet nur die Entwaffnung der Arbeiterschaft, und der Friedensvertrag ist dafür nur ein Vorwand. Das Abkommen von Spa verpflichtet die Regierung lediglich zu einer „Bekanntmachung", die die Waffenablieferung verlangt, nicht aber zu einem solchen Gesetz. Die angeblichen Waffenlager der Arbeiter haben sich entweder als tolle Lügen herausgestellt oder der Staat hat, wie in Adlershof, seine eigenen Waffenlager beschlagnahmt.** (Heiterkeit.)

**Wer soll denn der neue Diktator sein?**

Etwa Lüttwitz oder der Oberpräsident Noske von Hannover? Der Kaiser war wenigstens noch an die Gesetze gebunden,

**dieser Diktator aber kann gegen die Arbeiter vorgehen, wie er will.**

Deshalb ist uns die Stellungnahme der Rechtssozialisten unverständlich. **Jedes Telephongespräch kann der Regierungskommissar belauschen.** (Hört hört! links.) Die Reichswehr wird wieder keine Grenzen kennen, wenn sie erst einmal losgelassen ist. Die Arbeiterschaft ist schon mit schlimmerem fertig geworden, sie **wird auch die Fessel dieses Gesetzes abstreifen!** (Beifall b. d. USP.)

**Reichsminister des Innern Koch:**

Waffen sind auf beiden Seiten vorhanden. Zittau ist ja auch nicht ohne Waffen erobert worden. Die Reichsregierung hatte bisher keine Befugnisse zum Eingreifen gegen die Waffenbesitzer, sondern nur die Länder. Die Reichsregierung ist aber der Entente dafür verantwortlich. Wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, ist das Gesetz gerade im Gegensatz zu den Wünschen der Sozialdemokraten verschlechtert. Es ist nicht beabsichtigt, die Zeitfreiwilligen zur Durchführung des Gesetzes heranzuziehen. (Widerspruch b. d. USP.) Wir entsprechen gern dem sozialdemokratischen Wunsch, alle Bevölkerungskreise dabei mitwirken zu lassen, aber diese Organisation wird nicht bewaffnet sein müssen. Bei einer guten Propaganda wird sich ein Eingreifen der Reichswehr vermeiden lassen.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Zentr.): Wer den Weltfrieden erstrebt, muß zunächst für den Landfrieden sorgen. (Beifall.) Wir werden das Gesetz unverändert annehmen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0001

**Abg. v. Gailwitz (Dn.):** Gewiß sind Waffen auf beiden Seiten vorhanden, wir glauben aber, da links mehr zu finden sind. (Widerspruch links.) Rosenfeld gibt zu direkt zu, daß seine Leute Waffen haben, wie sollten sie sonst die „Fessel abstreifen" können. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Wir glauben nicht, daß die Waffen der Roten Armee vom März aus den Händen der sogenannten Arbeiterschaft völlig verschwunden sind. (Lachen links.) Das Gesetz kommt einem dringenden Bedürfnis entgegen.

Abg. Dr. Curtius (D. Vpt.): Unverantwortlich ist es, daß die Unabhängigen immer wieder die Brandfackel in das Volk werfen. (Große Unruhe b. d. USt.) Den parlamentarischen Beirat für den Reichskommissar lehnen wir unter allen Umständen ab.

Abg. Fischer-Köln (Dem.): Das Gesetz ist kein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie solle sich deshalb ihr Ultimatum an die Regierung noch einmal überlegen.

### Abg. Frau Zetkin (KPD.):

Das Abkommen von Spa rechtfertigt den bösartigen Charakter dieses Gesetzes nicht. Das Gesetz müßte heißen:

**Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats!**

Der Mehrheitssozialist Lüdbring ist eine politische Unschuld vom Lande, wen er glaubt, daß die Regierung das Gesetz gleichmäßig gegen rechts und links anwenden wird. Ueber alle Maßen weitgehend sind die Befugnisse des Entwaffnungskommissars, der tun **kann, was er will und an kein Gesetz gebunden ist.** Aber die Reaktion täuscht sich, wenn sie meint, die Arbeiterklasse durch Wegnahme von ein paar Gewehren unschädlich zu machen — die

**Arbeiterklasse hat noch ganz andere Mittel,**

sie hat die Bedeutung im Wirtschaftsleben, sie hat **den** Generalstreik. (Sehr richtig!) Die Gesellschaft des Kapitalismus greift aus innerer Schwäche zu diesem letzten Mittel, um sich am Ruder zu halten. Es wird ihr nichts helfen, **die Idee des Kommunismus wird siegen!** (Beifall.)

### Abg. Lipinski (Unabh. Soz.):

Ueber Jittau scheint der Herr Minister recht ungenau informiert zu sein. Die Vorgänge dort sind durch die kolossale Lebensmittelteuerung zu erklären, die bedeutend höher ist als selbst in Berlin. **An dem Märchen von der Roten Armee** in Leipzig ist **kein Wort wahr.** (Hört, hört!) Auch ist amtlicherseits festgestellt, daß in keinem einzigen Fall die Arbeiter von den Waffen Gebrauch gemacht haben. Trotzdem wird dies öffentlich immer noch behauptet. Wer hat ein Interesse an solchen Schwindelnachrichten? Dagegen bestehen eine Menge

**Geheimorganisationen der Reaktionäre,**

so z. B. ein Offiziersbund, der in Leipzig und in Düsseldorf im Parteibureau der Deutschnationalen Partei Besprechungen und Sitzungen abhält. Hier muß die Regierung beim Entwaffnungsgesetz durchgreifen, hier findet sie ein dankbares Feld. (Beifall b. d. USt.)

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Die Darstellungen des Abg. Lipinski über die Vorgänge in Jittau widersprechen meinen Ausführungen nicht. Die Masse ist bewaffnet gewesen, das steht fest. Das tiefe Mißtrauen zwischen rechts und links ist vollkommen unbegründet. Die Herren hängen sich nicht selbst, sondern immer den Gegner ein Löwenfell um und fürchten sich dann davor. (Heiterkeit.) Die Regierung wird in der Entwaffnungsfrage vollkommen gerecht vorgehen.

### Abg. Sauerbrey (USz.):

Die Arbeiterschaft hat keine Waffen, es können sich höchstens im Ruhrgebiet noch aus den Kappiagen der einige in den Händen der Bevölkerung befinden. **Die Rechtssozialisten haben früher aufs innigste die Einwohnerwehren unterstützt,** jetzt erkennen sie endlich, daß die Einwohnerwehren vollkommen reaktionär sind. Die Durchführung der Entwaffnung muß **im Verein mit den Arbeiterorganisationen erfolgen,** um gerecht zu werden. (Beifall.)

### Abg. Remmels (Unabh. Soz.):

Wohin die Propaganda der Reaktionäre geführt hat, ganz besonders ihre Jugendpropaganda, das sieht man an dem Marburger Fall. (Sehr richtig! b. d. USt.) Und

**dieser Mordgeist herrscht in gleicher Stärke an allen Hochschulen.**

(Erregte Zurufe des Abg. Kahl. Widerspruch rechts. Unruhe.) Die Regierung will gar keine Entwaffnung durchführen, ihr kommt es nur darauf an,

**die Arbeiter niederzuhalten!**

(Sehr richtig! b. d. USt.) Die Regierung will der Welt die Abrüstung nur vortäuschen. (Große Unruhe.) Die Postzensur durch den Reichskommissar bedeutet zugleich **eine Pressezensur.** Die Ententebesetzung setzt für die Nichtablieferung von Waffen nur zwei Jahre Gefängnis fest, **die deutsche Regierung aber zehn Jahre Zuchthaus.** (Hört, hört! links.) Die Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen und anderen Henkerorganisationen sollen bestehen bleiben. Das hat sich aus den Kommissionsverhandlungen ergeben. (Widerspruch b. d. Mehrheit.) **Das internationale Proletariat wird in der Stunde der Gefahr treu an unserer Seite stehen zum Kampf gegen den Weißen Terror.** Wir rufen das französische Proletariat auf (die letzten Worte des Redners gehen in lauten ironischen Hochrufen unter).

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die §§ 1 bis 6 werden nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Eingefügt wird die Bestimmung, daß der Reichskommissar feststellt, welche militärischen und polizeilichen Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind.

Der sozialdemokratische Antrag, daß nur Militär und Polizei Waffen besitzen darf, wird gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt, die §§ 1 bis 5 mit derselben Mehrheit angenommen.

Verschiedene Anträge fordern einen § 6 a, wonach dem Reichskommissar **ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird.**

Abg. Hildenbrand (Soz.): Wenn der Zweck erreicht werden soll, ist die unparteiische Handhabung notwendig. Den Reichskommissar kennen wir nicht. Wir können darum nur dann dem Gesetz zustimmen, wenn dem Reichskommissar **ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird,** der besonders die Ausführungsbestimmungen mitprüft und mitfaßt. Unser Antrag bietet eine Garantie für unparteiische Handhabung des Gesetzes. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kopsch (Dem.): Wir vertreten die Auffassung, daß der Reichskommissar möglichst unbehindert an seiner Arbeit sein soll. Aber ich glaube, daß angesichts des Mißtrauens, das gegen dieses Gesetz ausgestreut wird, eine Einigung über die Form und die Befugnisse des Beirates möglich sein wird. (Beifall b. d. Dem.)

Ein Antrag Curtius (DVpt.) und Kopsch (Dem.) wird angenommen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen beigegeben wird. Das Einvernehmen des Beirates ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. Soweit dies in dringlichen Fällen zweckmäßig ist, hat der Reichskommissar selbständig erlassene grundlegende Ausführungsbestimmungen dem Beirat alsbald vorzulegen.

Abg. Unterleitner (USz.): Wir haben als Unabhängige nichts gegen diesen Beirat. **Ihre Diktatur können Sie uns nicht aufzwingen.**

Im § 7 wird die Beschränkung des Post- und Telegraphengeheimnisses einstimmig gestrichen.

Abg. Radbruch (Soz.): Wir wünschen nicht, daß Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen bei der Entwaffnungsaktion herangezogen werden.

Reichsminister des Innern Koch: Die Einwohnerwehr wollen wir bei der Entwaffnung nicht benutzen.

Abg. Unterleitner (USz.): Wir fürchten, daß das Gesetz dennoch zu einer neuen Bewaffnung der Einwohnerwehren führt; deshalb werden wir **die Arbeiter zum Protest wegen dieses Gesetzes aufrufen.** (Unhaltende Hahn-Rufe.)

Abg. Kopsch (Dem.): So aufgeregt wie hier haben sich die Unabhängigen in der Kommission nicht gebärdet. (Hört, hört!)

Abg. Schwarz-Baden (USz.): In Baden sind die „aufgelösten" Einwohnerwehren unter anderem Namen wieder neu erstanden; **so wird es auch im Reiche sein. Wir werden dagegen ankämpfen.**

**Der Rest des Gesetzes bleibt im wesentlichen unverändert. Er wird angenommen.**

Es folgt die **dritte Lesung des Notetats.**

Minister des Innern Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß in Deutschland nur solche aus dem Ausland hereinkommende Personen Unterkunft finden, die auf geordnetem Wege, mit einem Paß versehen, hereinkommen. Alle anderen müssen interniert oder abgeschoben werden.

Abg. Dr. Mumm (Dn.): In Berlin sind mehr als 40 000 Ostjuden eingewandert, vielfach mit gefälschten Pässen. Von den 500 bis 600 Lebensmittelschiebern in Neukölln sind neun Zehntel Juden.

Abg. Korell (Dem.): Die Abwehr der Masseneinwanderung ergibt sich lediglich aus der jetzigen Notlage des eigenen Volkes. Auch gute deutsche jüdische Kreise empfinden diese Einwanderung **als Last. 75 Prozent aller verhafteten Gold- und Silberschieber gehören zu diesen Einwanderern.**

Die Abgg. Rosenfeld und Löwenstein (USz.) bekunden ihre abweichende Auffassung.

Abg. Dr. Breitscheid (USz.): Es ist bezeichnend, daß gerade heute Herr Mumm eine Hakenkreuz-Rede hielt, an demselben Tage, an dem ein „fremdstämmiger" Mann an die Spitze des deutschnationalen mecklenburgischen Ministeriums getreten ist. Die Entschließung richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer. Wir fordern die Aufnahme einer objektiven Statistik über die gesamte Ein- und Auswanderung.

Die Beratung wird abgebrochen. In Beantwortung einer Anfrage erklärt die Regierung, daß zu militärischen Beihilfen für heimgekehrte Kriegsgefangene bisher 150 Millionen Mark ausgegeben seien. Die Frage der Gewährung steuerlicher Erleichterungen würde erwogen.

Mittwoch, 1 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Interpellation über Arbeitslosigkeit. — Schluß nach 8 Uhr.

•

## Der Diktator.

**Berlin, 3. August. Zum Reichskommissar für die Entwaffnung wird Staatssekretär Dr. Petersen ernannt.**

# Die Lage im Osten.

**Aussichten der Waffenstillstandsverhandlungen.**

Ein Moskauer Funkspruch meldet: **Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden ausgesetzt.** Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufstellte, zu verlangen. Ueber die russischen Bedingungen ist noch nichts bekannt. Eine Meldung aus Warschau besagt: Die Russen haben als Sieger diesmal Bedingungen gestellt, die denen der Deutschen in Brest-Litowsk gleichen. Ihre Forderungen gehen u. a. dahin, daß die polnischen Festungen, mit Ausnahme von Warschau, bis zum Friedensschluß besetzt werden. Diese Forderung ist von den Polen bedingungslos abgelehnt worden. — Das sind alles nur Gerüchte.

Die Weiterverhandlungen zugleich über die Friedensbedingungen, sollen am 4. August in Minsk beginnen.

**Die Rote Armee berichtet:**

In der Gegend von Lomscha wurde das Boborufer und das Narewufer überschritten. Die Offensive wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bolsk besetzt, ebenso die Station Balmaschem. Im Norden von Kobrin brachen die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes und erobern neues Gebiet. Lomscha ist von den Roten Truppen eingenommen, der Bug in einer größeren Ausdehnung von Bielnik bis Brest-Litowsk von ihnen überschritten worden.

## Die Klopffechter der europäischen Reaktion.

**Ein „Wittelsbacher" König für Ungarn, Oesterreich und Bayern.**

Ungarn — der Pestherd!

Berlin, 4. August. Der österreichische Mitarbeiter des Berliner Tageblattes, Dr. Lederer, weist in einem Artikel der heutigen Morgenausgabe des BT. auf die Gefahr hin, daß **Deutschösterreich unter die Gewalt der Terrorbataillone des Horthy-Regiments kommt.** In Pest schlagen Pronay und Ostenburg, Als und Heiss, geschmückt mit der Hahnenfeder der wieder königlich ungarischen Armee, Arbeiter und Juden tot. **Budapest soll der Mittelpunkt der Reaktion für ganz Europa werden und Deutschösterreich die erste Etappe auf dem Siegeszuge der Reaktion im mittleren Europa.** Die französische Politik spiele mit dem Gedanken, **den vereinigten Reaktionären Bayerns, Deutschösterreichs und Ungarns einen Wittelsbacher als König zu servieren.** Die Reaktionäre unterschätzten aber die Gefahr des Unternehmens. Die deutschösterreichische Volkswehr, die von ihnen als verlottert dargestellt werde, sei 30000 Mann stark und stehe an Disziplin und Organisation der deutschen Reichswehr nicht nach. Im Kampfe um die Erhaltung der Republik Deutschösterreichs würde sie sicher die bürgerlichen Republikaner gegen die ungarischen Horthy-Banden an ihrer Seite finden.

# Sozialpatriotische Parade in Genf.

Der Kongreß des Restes der 2. Internationale läuft langsam ab. Von einem Kampfgeist der neuen Ideen gegen die alte Welt des Kapitalismus ist in Genf nichts zu spüren, wo die Herrschaften, die sich während des Krieges gegenseitig in Grund und Boden verdammten, über alle möglichen Dinge große Sprüche machen. Es ist so gekommen, wie man es schon vor Jahren voraussah; Nachdem die sozialpatriotischen Herrschaften alle stramm bei ihren kapitalistischen Regierungen gestanden und 4½ Jahre lang das Durch- und Maulhalten als neueste „sozialistische" Pflicht angepriesen haben, sinken sie sich jetzt gerührt in die Arme. „Ich habe gesündigt, du hast gesündigt, er hat gesündigt — wir sind allzumal Sünder und erteilen uns deshalb gegenseitig Absolution!" Zwar versuchte man zuerst mit den deutschen Sozialpatrioten ein kleines Scherbengericht, aber da alle genug Dreck am Stecken haben, wird man ohne weiteres zur Verständigung kommen. Und in einem sind sich ja die Herrschaften völlig einig: Im Haß gegen den Bolschewismus, den Klassenkampf und die soziale Revolution!

In der Sitzung am Dienstag debattierte man über den Völkerbund. Trochtra (Holland) tadelte es, daß Sowjet-Rußland durch einen Satz der vorgelegten Resolution vom Völkerbunde ausgeschlossen würde, denn es wird gesagt, daß nur demokratische Staaten zugelassen werden könnten. Im Kongreß herrschte jedoch über Trochtra's „eigenartige" Auffassung allgemeines Staunen. In der Arbeiterschaft herrscht noch viel mehr Staunen über die eigenartigen Debatten der Herren Sozialpatrioten, die sich über Rußlands Zulassung zum Völkerbund den Kopf zerbrechen. Eduard Bernstein pries die deutsche Revolution an, die durchaus ernst zu nehmen sei. Sein Parteigenosse Noske ist leider nicht in Genf, sonst hätte er nähere Auskunft darüber gehen können, wie ernst die deutschen Rechtssozialisten die Revolution genommen haben.

In der Nachmittagssitzung am 3. August wurde mitgeteilt, daß man sich in der Kommission über einen von den Deutschen ausgearbeiteten Entwurf zur Schuldfrage geeinigt habe. Unter Beifall wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen. Der Wortlaut dieser Resolution weicht insofern von dem bereits veröffentlichten Text der Kommission ab, als **die Haltung der deutschen Sozialdemokraten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird.** Außerdem wird im neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für ganz Deutschland keine elsaß-lothringische Frage mehr gebe.

Die Herrschaften können übrigens beschließen, was sie wollen. Die Massen des Proletariats aller Länder haben ihre schmähliche Kriegspolitik längst erkannt und gerichtet.

In der Resolution über den Völkerbund heißt es: „Der Vertrag von Versailles hat die Welt in einem Zustande belassen, der zum Weiterbestehen des Militarismus mit all den Gefahren eines Krieges führt. Das Verdammenswürdigste ist die durch Artikel 18 des Vertrags erfolgte Anerkennung des Rechts auf Krieg. Der Völkerbund muß zu einem internationalen demokratischen Organismus werden und durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung der Völker durchgesetzt werden zu Lande und zu Wasser. Außerdem müsse der Völkerbund Befugnisse hinsichtlich der Rohstoffverteilung, der Transportmittelzumessung und der Verteilung der Kriegslasten haben. Der Kongreß fordert daher die sozialistischen Parteien auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbundes Eingang zu verschaffen."

Der Kongreß ist beschickt von 65 Engländern, 37 Deutschen, 23 aus der französischen Sozialdemokratie wegen überhitztem Nationalismus herausgeworfenen Franzosen, 10 Belgiern, 6 Tschechen und je 1 Amerikaner, Oesterreicher, Ungar, Holländer, Jugoslaven, Polen und Luxemburger.

## Die Entente wird dreister!

**Berlin, 4. August. Bei einer Prüfung eines nach dem Osten bestimmten Durchtransportes der Entente wurde in Gerstungen festgestellt, daß der Transport, entgegen den Vertragsbestimmungen, auch Truppen beförderte, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Wegen dieser Kontrolle und einer gelegentlich des Auswechselns eines heißgelaufenen Wagens aus einem Transportzug in Erfurt vorgenommenen Kontrolle verlangt die Entente — Dienstentlassung der nach ihrer Meinung „schuldigen Personen, deren Auslieferung sie sich außerdem noch vorbehält. Konventionalstrafe und die Drohung, die ganze Bahnstrecke bis Oberschlesien militärisch zu besetzen, sollen ein übriges tun, die lästige Kontrolle zu hintertreiben. Selbstverständlich hat die Regierung sich hierzu zu äußern, wie sie sich gegenüber diesem anmaßenden Verlangen der Entente verhalten will.**

# Ende der „Zwangswirtschaft".

**Beseitigung der Kartoffelbewirtschaftung!**

Berlin, 3. August. (WTB.) Der **Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages** hat einen vom Zentrum eingebrachten Antrag, **bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern zu schaffen, einstimmig angenommen.** Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, **die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben,** wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen.

**Kein Halten mehr!**

Berlin, 3. August. (WTB.) Im Reichswirtschaftsministerium für Ernährung haben unter Leitung des Ministers Dr. Hermes in Gegenwart des Staatssekretärs beim preußischen Staatskommissar für Volksernährung Besprechungen mit den Ernährungsministern von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden. Die Verhandlungen ergaben **den einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen.** Beim Brotgetreide soll keine Aenderung getroffen werden. Auch bei Milch, Butter und Inlandskäse soll keine Aenderung eintreten. Für Oelfrüchte ist die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung erfolgt. Ueber die Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln soll endgültiger Beschluß in der ersten Hälfte des August erfolgen. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe erfolgen. Die Fleischbewirtschaftung soll im Herbst ihr Ende finden. Die Fleischkarten sollen sofort aufgehoben und durch die Kundenlisten ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mk. für den Zentner Lebendgewicht unter Einfügung einer neuen Klasse D für geringwertiges Vieh mit einem Preissatz von 180 Mk. gefordert. Die Freigabe der Margarine wurde gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des Inlandschmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufhören. Die Zuckerbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrechterhalten, der Preis jedoch möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nichtbewirtschafteten Nahrungsmitteln (z. B. Salzheringen) wird möglichst sofort freigegeben. Von Kriegsgesellschaften sollen nur diejenigen weiter bestehen bleiben, welche die Zentralbewirtschaftung der wichtigsten Ernährungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben.

# Zittau.

**Urabstimmung über den Generalstreik.**

Völlig zuverlässige Nachrichten über den Generalstreik liegen nicht vor. Doch besagen alle Berichte, daß der Generalstreik andauert und völlige Ruhe in der Stadt herrscht. Der Fünfzehner-Ausschuß, der die Polizeigewalt ausübt, besteht immer noch. Er besteht angeblich aus drei Spartakisten, zwei Kommunisten, zwei Mehrheitssozialisten als Vertreter des Gewerkschaftskartells, drei Unabhängigen und fünf in den Betrieben Gewählten, die den Linksradikalen angehören. Eine Dienstag nachmittag abgehaltene, von 6000 bis 8000 Personen besuchte Massenversammlung beschloß, am Mittwoch eine Urabstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks vorzunehmen. Die Versammlung forderte als Vorbedingung die sofortige **Aufhebung des Belagerungszustandes.**

Die kapitalistischen Blätter melden aus Zittau, daß der Generalstreik im „Abflauen" begriffen sei. Die Zeitungen können wieder erscheinen. Das Kraftwerk sei bereits wieder in Betrieb, auch sei der Bahnverkehr zum Teil wieder aufgenommen.

# Pinkerton.

**Der Schwindel noch einmal totgeschlagen!**

Berlin, 4. August. Die Magdeburgische Zeitung brachte einen neuen Schwindel, indem sie behauptete, das Auswärtige Amt habe die von ihr gebrachte Meldung, der Genosse Hilferding und der Kommunistenführer D. Levi hätten in Memel mit Sowjetvertretern so etwas wie eine „Rote Militär-Konvention" vorbereitet, ernst genommen. Das Auswärtige Amt erklärt nunmehr nochmals, daß **nicht die geringsten Beweise für die Richtigkeit der Meldung vorliegen,** daß im Gegenteil alle Nachforschungen des ostpreußischen Oberpräsidenten ergeben haben, daß solche Verhandlungen nicht stattfanden.

Das macht natürlich den Rechtsputschisten und ihren Schwindelblättern gar nichts aus. Für jede totgeschlagene Schwindelnachricht erfinden sie zwei neue.

•

**Der allerneueste Schwindel** sieht so aus:

Die Magdeburger Volksstimme veröffentlicht einen neuen „Geheimplan" über die Bildung einer „Roten" Armee. Der Plan soll durch das russische Hauptquartier aufgestellt und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0002

eine Durchführung der deutschen radikalen Arbeiterschaft zur Pflicht gemacht worden sein. Der Plan enthält genaue Angaben über die aufzustellenden Truppenverbände. Auch die Ausrüstung und Bewaffnung ist genau vorgeschrieben, ebenso sind die Führer namentlich aufgeführt. Nach dem Geheimplan würde die Gesamtstärke der „Roten" Armee in Deutschland 484 293 Mann betragen, ausgerüstet mit 14 235 Maschinengewehren (ganz genau, nicht ein weniger!), einer großen Anzahl von Minenwerfern, Flammenwerfern, Geschützen und Munition.

Der Bericht ist, wie die Magdeburger Volksstimme feststellt, in Magdeburg angefertigt worden, und zwar in der gleichen Schwindelfabrik, in der auch das angebliche Geheimdokument über das Abkommen in Memel angefertigt wurde. Er ist auf dem gleichen Papier und mit der gleichen Schreibmaschine geschrieben, trägt weder Briefkopf noch Unterschrift. Die Hersteller sind also wieder die von Stinnes angestellten berufsmäßigen Lügner der Hinterton-Gesellschaft. Die Berichte werden an die Deutsche Wirtschaftshilfe in Berlin weitergegeben und von hier an die rechtsstehende Presse lanciert.

Wie lange wird diese Verbrechergesellschaft ihr unsauberes Handwerk noch ausüben können? Die Lügen sollen jetzt dazu dienen, die notwendige Stimmung gegen die Arbeiterschaft zu erzeugen, damit sie bei der Entwaffnungsaktion gehörig zur Ader gelassen wird.

## Nationalisierung und Sozialisierung der Bergwerke.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß in Genf hat einen ganzen Tag über die Frage der Bergesellschaftung des Bergbaues beraten. Nach langen Debatten nahm man einstimmig die von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution an, der Kongreß beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen und Besitzer-Rechte. Gefordert wird die Durchführung der Kontrolle und der Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten, der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten.

## Die Erwerbslosigkeit wieder im Wachsen!

**60 000 Unbeschäftigte mehr in einem Monat.**

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche, wie das infolge der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juni 262 989, der weiblichen Erwerbslosen 94 154, also insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 907 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

## Steuerabzugs-Tragödie.

Der schenkliche Steuerabzug vom Lohn und vom Gehalt bleibt für August in der Form bestehen, wie sie durch die vor einigen Wochen erfolgten Beschlüsse festgesetzt ist. Die Durchführung dieser Bestimmungen hat eine solche Fülle von Unzuträglichkeiten, Differenzen, Schikanen und Proteste ergeben, daß der Ausschuß des Reichsrates die Regierung zur Aenderung der Bestimmungen ersuchen mußte. Das muß geschehen, denn so ist der ganze Steuerskandal einfach nicht weiter durchzuführen. Da die Regierung eine Aenderung aber erst nach weiteren Beratungen vornehmen will, so bleibt es für August bei dem bestehenden Zustande.

Für den 1. September sollen „Reformen" zugesagt sein, doch geht noch alles im ungewissen Weiten. Nachrichten sollen folgen.

Man muß nur über die Geduld des deutschen schaffenden Volkes staunen, das ein derartiges Schindluder spiel ruhig erträgt.

## Notizen.

**Streik in Vorpommern.** Aus Swinemünde wird gemeldet: Seit Dienstag ist ganz Vorpommern mit seinen zahlreichen Ostseebädern ohne elektrisches Licht und Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Ueberlandzentrale Stralsund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik getreten sind. Der Streik hat auch auf die Betriebswerke in Swinemünde übergegriffen, so daß sämtliche Badeorte der Umgegend in Mitleidenschaft gezogen sind. Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

**Norwegen vor dem Generalstreik.** Aus Christiania kommt die Nachricht, daß in der norwegischen Arbeiterbevölkerung eine derartige Spannung herrsche, daß der Generalstreik mit politischem Charakter unmittelbar bevorstehe.

### Der Stand der deutschen Valuta.

| Es kosteten an: | 22. 7. | 23. 7. | 31. 7. |
|---|---|---|---|
| 100 holländische Gulden . . | 1371,40 | 1511,60 | 1451,50 |
| 100 dänische Kronen . . . | 645,65 | 700,70 | 660,70 |
| 100 schwedische Kronen . . . | 856,40 | 940,95 | 898,40 |
| 100 norwegische Kronen . . | 648,15 | 740,70 | 665,70 |
| 100 finnische Mark . . . . | 148,20 | 156,20 | 150,20 |
| 100 Schweizer Franken . . | 698,20 | — | 720,75 |
| 100 österr. Kronen (alles) . | 24,08 | 24,08 | 24,00 |
| 100 deutschösterr. Kronen . | 25,40½ | 25,15½ | 23,90 |
| 100 ungarische Kronen . . . | 23,98 | 24,23 | 24,40 |
| 100 tschechisch-slowak. Kronen | 84,72½ | 84,85 | 84,70 |
| 100 spanische Pesetas . . . | 630,65 | — | 650,65 |
| 1 amerikanischer Dollar . | 40,25 | 45,55 | 42,55 |
| 100 belgische Franken . . . | 339,35 | 354,20 | 344,35 |
| 1 englisches Pfund . . . | 152,40 | 163,20 | 157,95 |
| 100 französische Franken . . | 319,65 | — | 323,35 |
| 100 italienische Lire . . . . | 223,35 | 232,75 | 226,25 |

## Schamrot über die T. N.

Ein Jahr ist verflossen, seitdem die Technische Nothilfe gegründet worden ist. Nach dem Mitteilungsblatt der Technischen Nothilfe trat sie mit 865 Notbelfern am 1. Oktober 1919 in Berlin auf den Plan. Am 1. Juli 1920 zählte sie 95 815 fest eingeschriebene Mitglieder in Berlin und im Reich. 17 Landbezirke mit ihren zerstreuten Unterbezirken und Ortsgruppen unterstehen der Hauptstelle, das die Fäden des bourgeoisen Hilfsdienstes über ganz Deutschland gesponnen sind.

Die rechtssozialistische Presse schreibt aus Anlaß des Geburtstages der T. N., daß die Arbeiterschaft alle Ursache habe, über das Bestehen der Nothilfe schamrot zu werden. Sie hat durchaus recht. Wir sind in diesem Falle im Urteil über eine Einrichtung des Klassenstaats einig! Aber auch ihre Gründer haben schamrot zu werden. Das aber sind die Rechtssozialisten selber! Und darüber schweigt ihre Presse.

Wir lagen die Dinge bei der Gründung der T. N.? Die ungeheure Notlage drängte die Arbeiterschaft zu größerer Aktivität. Immer mehr zeigte sich, daß der Alleinherrschaft der Kapitalisten ernsthafter Abbruch nicht getan wurde. Das Werk der Kriegsgewinnler trieben, nur noch schamloser, die Revolutionsgewinnler fort. Vergeblich verhallte der Ruf nach sozialistischen Maßnahmen. Verzweiflung packte die Massen, und so griffen sie immer häufiger zur letzten Waffe, zur Stärksten, zur Streik. Gewaltige revolutionäre Energie bargen die Kämpfe gerade zu Anfang der Revolution. Den Zusammenprall der konterrevolutionären mit den revolutionären Elementen zeigen sie. Die revolutionäre Energie auszunützen, um die Trutzwälle des Kapitalismus zu erschüttern, war dem sozialistischen Standpunkt aus Pflicht. Wer kreisch der gleichen Meinung zuneigt, die in rechtssozialistischen Kreisen seit den Tagen von 1914 stets zu lesen ist, daß in revolutionären Kämpfen das Wohl des Staates — der immer noch kapitalistisch ist — zu fordern wäre, der hat sich längst über das MAC des Sozialismus hinweggesetzt. Es ist selbstverständlich, daß Sozialismus nicht nur das Wohlergehen der Arbeiter, sondern aller Volksgenossen bedeuten soll. Aber es liegt in der Natur der Dinge, daß dann, wenn die Interessen der Arbeitermassen in Frage stehen, die der Kapitalisten des schärfsten Angriffes bedürfen. Auch ist es klar, daß das Bürgertum zu verzweifelter Gegenwehr bereit sein und rüsten wird, sofern die Arbeiterklasse aus ihrer Reserve herausritt.

**Dem konterrevolutionären Bürgertum auch die wirtschaftlichen Waffen geschmiedet zu haben, dieses Verdienst können die Rechtssozialisten für sich in Anspruch nehmen.** Es kommt dabei nicht darauf an, ob einzelne subjektiv gutgläubig gehandelt haben. Es kommt auf die objektiven Wirkungen solcher Maßnahmen an. Und da ist es neben den Maßnahmen Noskes in militärischer Beziehung, neben der Niederknüppelung der revolutionären Arbeiter durch Reichs- und Sicherheitswehren und durch andere Truppen als das schwärzeste Blatt der Revolutionsgeschichte zu verzeichnen, daß ausgerechnet Leute, die sich noch Vertreter der Arbeiterklasse nennen, wahre Streikbrecherdienste in der T. N. züchteten. Wir wollen heute darauf verzichten, das Wirken dieser Elemente im einzelnen zu kritisieren. Es geschah schon oft, und in jedem einzelnen Falle trat die ganze Demoralisation dieser Prätorianerhorde der Kapitalisten zu Tage und immer konnte zu gleicher Zeit die Arbeiterschaft Betrachtungen über ihre Freunde anstellen, die ihr in den Rücken fielen. Wenn heute die Bürgerlichen offen und geheim darüber jubeln, daß sie in der Technischen Nothilfe ein Trutzmittel haben, dann ist es notwendig, sich derer zu erinnern, die es ihnen in die Hände drückten. Die Kampfchancen der wirtschaftlich schwachen, nur durch die Auswirkung ihres Zusammenschlusses starken, nur durch das Mittel des Streiks mächtigen Arbeitermassen bewußt verschlechtert zu haben, dessen dürfen sich die Rechtssozialisten rühmen — und wenn bei ihnen noch Scham zu finden wäre, dann freilich würden sie schamrot werden.

## Aufruf!

Das jeden wahrhaft gebildeten Menschen aufs tiefste erschütternde Drama bei Thal-Mechterstedt, bei dem 15 Unschuldige Arbeiter ohne Vernehmung und Untersuchung von zeitfreiwilligen Marburgern Studenten mißhandelt und erschossen worden sind, hat mit einem Freispruch der Täter vor dem Kriegsgericht geendet.

Die eingeleitete Berufung wird, wie vorauszusehen, das Trauerspiel vollenden. Inzwischen hungern und darben die Familien, die ihren Ernährer und Unterstützer verloren haben, weiter.

Auf Grund des Gesetzes vom 12. Mai 1920 sind diesen die Hinterbliebenen der Ermordeten nach dem Militärversorgungsgesetz gleich gemeinen Soldaten entschädigt werden. Ein dahingehender Antrag ist gestellt. Es ist aber bekannt, daß diese Renten und Abfindungen sehr dürftig und mager sind und da wir nicht wissen, welche Auslegung die Thüringer Regierung dem Gesetze gibt, ist es dringend nötig, eine Zivilklage gegen die zeitfreiwilligen Marburger Studenten anzustrengen, damit diese im ablehnenden Falle der Thüringer Regierung zur Tragung des gesamten Schadens oder bei Gewährung von Renten nach dem Militärversorgungsgesetz, zur Zahlung der Differenz zwischen diesen und dem wirklich erlittenen Schaden zu verurteilen. Ein solcher Prozeß erfordert aber beträchtliche Mittel, über die diese armen Leute nicht verfügen.

Die Unterzeichneten wenden sich deshalb an alle rechtlich denkende Menschen mit der Bitte, ein Scherflein dazu beizutragen, um die Kosten der Prozeßführung aufzubringen.

Sollte mehr eingehen, als der Prozeß erfordert, so wird der überschüssige Betrag an die Hinterbliebenen verteilt.

Quittung und Abrechnung erfolgt an dieser Stelle. — Beträge sind zu senden an W. Bock, Gotha, Sonnebornerstraße 18. W. Bock, Mitglied des Reichstages, Heinrich Wolf, Landtagsabgeordneter, Robert Schäfer, Vorsitzender des Gothaer Gewerkschaftskartells, Heinrich Lieding, Vorsitzender der Betriebsräte von Ruhla, Wilh. Güth, Karl Homischuh, Wilh. Keßler, Mitglieder des Gemeindeausschusses in Tha..

## Rußlands Außenhandel.

Während das Spiel der Diplomaten in der Frage der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland hin und her geht, während man in der ganzen Welt sich streitet, ob Sowjetrußland überhaupt irgendwelche Austauschprodukte zur Verfügung habe, verzeichnet die englische Handelsstatistik bereits einen sehr lebhaften Handelsverkehr mit Rußland. Die Europäische Wirtschaftszeitung in Zürich entnimmt ihr einige Angaben. Danach betrug der Wert der von Rußland nach England importierten Waren im Mai 1920 1 185 304 Pfd. Sterling, während nach den Ziffern der russisch-britischen Handelskommer nach Sowjetrußland für 1 085 158 Pfund Sterling britische Waren gesandt wurden. Die durchschnittlichen von Rußland gelieferten Produkte waren: Flachs, Holz, Butter und Häute. Nach Rußland exportiert wurden Fabrikate aller Art, namentlich Metallwaren, Baumwollwaren und wissenschaftliche Instrumente.

Die Pariser Information meldete übrigens am 12. Juli aus Stockholm, daß die Schweizerische Nationalbank eine beträchtliche Menge russischen Goldes erhalten habe. Wie die Europäische Wirtschaftszeitung erfahren hat, wird dieses Gold als „schwedisches Gold" bezeichnet. Der Handel mit Rußland ist bereits ebenfalls im Gange. Die kanadische Regierung wird wahrscheinlich ein spezielles Amt für den Handel mit Sowjetrußland ins Leben rufen.

Die Notwendigkeit, mit der Sowjet-Republik zu einem Einvernehmen zu kommen, ist also bereits so zwingend geworden, daß sie alle diplomatischen Drahtverhaue überbrückt. Man kann bloß gespannt darauf sein, was die deutsche Regierung tun wird.

## Sport und Körperpflege.

### Der Kampf gegen die bürgerliche Sportbewegung

ist auf der ganzen Linie entbrannt und immer mehr sporttreibende Genossen erkennen, daß sie sich Seite an Seite mit ihren um ein besseres Dasein kämpfenden Arbeitsbrüdern in die Kampffront stellen müssen. Da ist es nun um so bedauerlicher, daß das hiesige rechtssozialistische Blatt den Arbeitersportlern in den Rücken fällt und die Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine in ihren Sportnachrichten aufnimmt. Wer das Wurstblatt kennt, wird sich darüber allerdings kaum wundern. Wenn diese Vereine denken, daß sie ihre Veranstaltungen in Arbeiterzeitungen veröffentlichen müssen, dann heißt es auch: Heraus aus den bürgerlichen Sportverbänden. Immer und immer wieder müssen wir allen sporttreibenden Arbeitern sagen: Wir wollen nicht, daß ihr im Sportbereich Politik treibt, ihr müßt doch aber endlich erkennen, daß die bürgerlichen Sportvereine und Verbände von den besten Stützen des Kapitalismus geleitet werden. Denn gerade die Leitungen dieser Verbände sind es ja, die euch jede Arbeitszeitverkürzung zur Ausübung eines Sportes und jede Besserstellung eurer gesamten Lebenslage verhindern. Der Kampf um eine bessere Zeit geht jetzt uns entscheidende Stadium. Die Sportbewegung ist hierbei ein großer Machtfaktor; wir alle, Arbeiter und Angestellte, die wir arbeiten müssen, um zu leben, wir wollen zusammenhalten. Die Trennung zwischen Arbeit und Kapital muß auch im wirklichen Leben herbeigeführt werden. Hier die Vertreter des schaffenden Volkes, dort die Anhänger des alles unterjochenden Kapitales!

•

Wieder haben sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund mehrere Vereine angeschlossen, der Fußballklub „Sportlust", Teutschenthal, der Fußballklub Schwoitsch und „Askania", Rietleben. Fast jede Woche melden sich Vereine aus dem bürgerlichen Lager und schließen sich vollzählig dem Arbeiter-Turn- und Sportbund an. Diesem Bund gehören jetzt 98 Mannschaften mit 2500 Mann an. Unseren Sportgenossen ein Frei Heil.

**Resultate vom letzten Sonntag.** A.-T.-V. Schwoitsch I — Sportverein Zöschen I 5:1, Schwoitsch II — Sportverein Zöschen II 1:3, Radewell Jugend — Union Jugend 2:2, Schkeuditz I — Sportfreunde Magdeburg I 2:3, Schkeuditz II — Markranstädt II 1:1, Sportklub Zörbig 07 I — Freya Passendorf I 2:3 (Ehrenspiel), Sportklub Zörbig 07 II — Freya Passendorf II 4:0, Sportklub Zörbig 07 III — Freya Passendorf III 2:0, Sportklub Zörbig IV — Freya Passendorf IV 4:0, Eintracht I — Union I 3:0, Eintracht II — Minerva II 6:1 (4:1), Eintracht III — Minerva III 3:9 (Eintracht 9 Mann), Minerva I — Fortuna Dölau I 2:1, Minerva Jugend I — B. f. B. Trotha Jugend I 2:4, Minerva Schüler I — B. f. B. Trotha Jugend I 5:0, B. f. B. Trotha II — Fortuna Dölau II 1:4 (1:3). B. f. B. Trotha zeigte gutes Können. Der Sturm Dölaus kam gegen die Hintermannschaft Trotha nicht auf. Der Torwächter Dölaus bewies gute Klasse.

**Fußball.** H. F.-K. Minerva 1909 hält am Sonnabend, den 7. August, pünktlich ½8 Uhr abends, seine fällige Jahresversammlung im Vereinslokal Erholung ab. — Schiedsrichter-Ausschuß. Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr, findet im Volkspark Schiedsrichter-Prüfung statt. — Fußballabteilung Fichte. Donnerstag, den 5. August, Versammlung im Restaurant zur Sonne, Richard Wagnerstraße. Wichtige Tagesordnung. — H. F.-K. Union. Sonnabend, den 7. August, findet die fällige Mitglieder-Versammlung in der Charlottenstraße statt.

**Städtespiel.** Am 4. August findet auf dem Eintrachtplatz ein Spiel zweier Städte-Auswahlmannschaften statt zum Städtespiel Halle gegen Burg. Die A.-Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Tor: Riemer (B. f. B. T.); Verteidiger: Mockwitz (Lettin), Damm (Dölau); Läufer: Hunold (Teut.), Buch, Radich (B. f. B. T.); Stürmer: Brömme (Sportv.), Förster (Lettin), Fleischhauer (Union), Kersten (Lettin), Richter (Teut.). Die B-Mannschaft: Tor: Haak (Lettin); Verteidiger: Schulze (Vikt.), R. Koch (Teut.); Läufer: H. Reuter (Dölau), Biering (Vikt.), A. Ohme (Lettin); Stürmer: Eurich (Vikt.), Gaismaier (Sportl.), Zabel (Lettin), Stenzel (Teut.), Keck (B. f. B. T.); Schiedsrichter: Gaitzsch (Sportverein). Beginn 6,15.

**Mork.** Da der hiesige sogenannte neutrale Radfahrerklub Pfeil sich nicht entschließen konnte, in den Arbeiterbund überzutreten, zogen unsere Genossen die Konsequenzen und traten sämtlich aus. Sie gründeten den Verein Freie Radler, angeschlossen dem Arbeiter-Radfahrerbund Freiheit. Diesem Verein traten denn auch sofort eine Anzahl neuer Genossen bei, die unverzüglich ihre Tätigkeit aufnahmen. Nun können die „Neutralen" in ihrem Klimbimverein weiterschlafen.

## Versammlungsberichte.

**Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen.** Die Kollegenschaft der Fa. Knapert (Steindruckerei) hatte Lohnforderungen eingereicht; die Verhandlungen am 8. Juli führten zu folgendem Ergebnis: weibliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren 8 Mk., über 16 Jahre 10 Mk., gelbe über 16 Jahre 12 Mk., männliche 20 Mk. Die Fa. Wolf (Buchdruckerei) hatte eine Kollegin entlassen; da die Bemühungen der Verwaltung sowie des Betriebsrates erfolglos waren, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, worauf die Kollegin wieder eingestellt wurde. Bei der Fa. Kuhn mußte der Schlichtungsausschuß ebenfalls eingreifen. Für das Hilfspersonal unter 17 Jahren sind noch keine Lohnsätze festgesetzt, trotzdem die Verwaltung alles Mögliche versucht hat, um mit der Prinzipalität zu einer Einigung zu kommen. Auch hier zeigt sich, daß bei flauem Geschäftsgang wenig Interesse für das Hilfspersonal vorhanden ist. Kollege Märker gab den Kartellbericht, in sämtlichen Sitzungen hat die Betriebsratsfrage zur Debatte gestanden. Kollege Bielig führte hierzu aus, daß die Frage noch ungeklärt ist, die Kollegen haben eine abwartende Stellung einnehmen. Die Berichterstattung vom 7. Verbandstag gab Kollege Scheibe. Er schilderte die neuen Beitrags- und Unterstützungssätze; die letzte Bewegung habe gezeigt, daß die Unterstützung für die jetzigen Verhältnisse zu niedrig war. Die Wahl der sechs unbesoldeten Vorstandsmitglieder rief eine sehr erregte Debatte hervor, da diese Mitglieder nicht von der Zahlstelle der Zentrale gewählt werden, sondern aus anderen Zahlstellen. Kollegin Haferkorn führte aus, daß hierdurch jede Vorstandssitzung sehr verteuert würde, sie wünschte, daß mit den Beiträgen der Mitglieder sparsam umgegangen wird. Kollege Gerig brachte hierauf folgende Entschließung ein: Die am 29. Juli versammelten Mitglieder haben den Bericht des Kollegen Scheibe vom Verbandstag entgegengenommen und protestieren gegen den Beschluß, die unbesoldeten Mitglieder aus dem Reiche zu wählen. Es kann den Mitgliedern nicht zugemutet werden, für eine derartige Verschwendung Verbandsbeiträge zu leisten.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaftliches, Parteinachrichten und Unterhaltungsblatt: Paul Sennig; für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janssen; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Volksstadt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

### Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen weiter bei uns ein: Frau Telle 5 Mk., Gemeinde- und Staatsarbeiter: Theaterabend 50 Mk., von den Arbeitern und Arbeiterinnen des Stadtbades 36,50 Mk., Gewerkschaftskartell Sangerhausen 2000 Mk., Verband der Gastwirtsgehilfen 425 Mk., Gewerkschaftskartell Torgau 500 Mk., Verband der Schuhmacher 549 Mk., Verband der Steinarbeiter 95 Mk., Metallarbeiterverband 2000 Mk., Verband der Transportarbeiter 1508,50 Mk., als Buße von Mitgliedern des Bauarbeiter-Verbandes 100 Mk., vom Bauarbeiter-Verband 3350 Mk., L. Seehof-Neudobra 1561,50 Mk., Otto Bruß, Cölleda 7,50 Mk., Verband der Bäcker und Konditoren 997 Mk., Gewerkschaftskartell Merseburg 3500 Mk., Albert Maß (für Arbeit am 1. Mai) 20 Mk., Frauendiskussionsabend Torgau 20 Mk., Gewerkschaftskartell Annaburg 2000 Mk., Gewerkschaftskartell Zahna 600 Mk., Verband der Bauarbeiter 720,50 Mk., Staats- und Gemeindearbeiter 1103 Mk., Gewerkschaftskartell Merseburg 800 Mk., Gewerkschaftskartell Zahna 80 Mk., Henze, Kurt 5 Mk., Metallarbeiter-Verband Laucha 50 Mk., Gewerkschaftskartell Wittenberg 10 000 Mk., Gewerkschaftskartell Mücheln 2250 Mk., Fa. Krebs & Söhne (für 15 Marken) 15 Mk., von der Dampfzentrale 3 von den Kesselsurgern des Leunawerkes 53,20 Mk., Gewerkschaftskartell Zörbig 610 Mk., insgesamt wurden vom Gewerkschaftskartell Zörbig 9610 Mk. abgeliefert.

**Die Unterstützungskommission.**

Ferner gingen ein für die durch Hochwasser Geschädigten der Mansfelder Kreise: Staats- und Gemeindearbeiter: Theaterabend 50 Mk., Staats- und Gemeindearbeiter: Versammlung 24 Mk.

**Bezirkssekretariat USPD., Halle.**

Fahrrad und Auto

sind hilflos, wenn die Bereifung versagt. Das Beste ist hier das Billigste. Es erspart Geld und Verdruß. Darum fahr

Continental Pneumatik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0003

**Versammlungs-Anzeiger USPD.**

## Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 22—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1472.

**Mitglieder-Versammlung.**

**Petersberg.**

Donnerstag, den 5. August, abds. 8 Uhr, im Gasthaus Krause.

Tagesordnung:

Berichterstattung von der Kreis-Generalversammlung.

2691 Der Vorstand.

---

## Konferenz

**des Gewerkschaftskartells,**
**der Gewerkschaftsvorstände,**
**der Gewerkschaftsvertrauensleute,**
**der Parteifunktionäre,**
**der Vertreter R.V.**
**und der Obleute der Betriebsräte.**

Freitag, den 6. August, abends 6 Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (großer Saal):

Tagesordnung:

**Der Aufbau d. Organisation d. Betriebsräte.**

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Robert Dißmann.**
Korreferent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Wilhelm Koenen.**

Freie Aussprache. **Freie Aussprache.**

Eintrittskarten werden ausgegeben: Für die gesamten Gewerkschaftsfunktionäre, Kartelldelegierten, Gewerkschaftsvertrauensleute, Betriebsräte und Betriebsobleute bei den Gewerkschaften; für die R.V. im Arbeiterrat; für die gesamten Parteifunktionäre im Parteisekretariat. Ohne Karte kein Zutritt.

**Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.**
**Der Vorstand des Sozialdemokratisch. Vereins für Halle-Saalkreis (USPD.).**
2694 **Wirtschaftliche Räte-Organisation.**

---

## USP. Eilenburg.

Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr, in der Quelle:

**Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung:
1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion.
2. Bericht vom Kreistage.

Zahlreichen Besuch erwartet

*1295 Der Vorstand.

---

**Parteischriften** empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

---

**Dielung** (wie neu), **Sparren, Bretter** und andere **Baumaterialien, Fenster, Türen, 1 alte eiserne Wendeltreppe** und versch. anderes billigst zu verkaufen.

*1288 **Noitzsch, Chausseestraße 37.**

---

**Dauerwäsche**
**billiger!**
2284 **C. Klappenbach,**
**Gr. Ulrichstraße 41.**

---

**Waschbrett**

mit gutem Zinkblech
8⁶⁵ 9⁸⁵ 11⁸⁵
**Sobel.**
Steinweg 45.
Grillnchstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr.
2690 **Cöthen,**
Schalaunischestraße 8.

---

**Raucherdank.**

Das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen, erwirkt unser amtl. zugel., rat. gesch., unschädliches Mittel. Tägl. Anerkennungen. Ausk. kostenlos.
**Institut Zwerenz,**
München 40, Neuwiesterstr. 15.

1231

**Patenter**
kompl. und Ersatztuben.
**Verkaufs- und Versandstelle Rich. Bünkler, Weißenfels (S.)**
Prospekte gratis u. franko.

1286

**Ansichts-Karten**
ernsten u. heiteren Inhalts
**Volksbuchhandlung.**

---

# Saison-Ausverkauf

vom 6. bis 14. August.

2680

**Billige Herren-Anzüge**
Paletots, Bozener und Gummi-Mäntel
5000 fertige Arbeits-Hosen

## Hammerschlag

36 Grosse Ulrichstrasse 36.

---

## Von der Reise zurück

**Hans Schmidt,**
**Zahnpraxis,**
**Leipziger Strasse 13, schräg gegenüber** der Ulrichskirche.
**Sprechzeit 8—1, 3—5.** 2677

---

Ausschneiden! Aufbewahren!

**Frauen**
**verlangen** [*971
bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur d. anerkannt vorzügliche
**Dr. Hoffmanns Menzalin.**
Bestbewährt u. empfohl.
Garant. unschädl. Pr. M. 5.00
Versand diskr. nur durch
Dr. K. Hoffmann & Co.,
Berlin-Schöneberg 243.

**Wäsche zum Plätten**
wird 1286
jederzeit angenommen.
**Ammendorf,**
Beesener Straße 5, pt. r.

Neue und gebrauchte, weiße und bunte Bettbezüge, Hemden, Handtücher, Schürzen usw. kauft zu hohen Preisen.
Frau **Hornickel,**
Gr. Klausstr. 19,
Ecke Domstr. Fernr. 4314.
2692

---

**Die neuesten Meldungen im**

---

# Viel Geld

zahle ich für **sämtliche**

**Rohprodukte**

bis auf weiteres wie folgt:

**Schmiedeeisen kg 40 Pf., Maschinenguß kg 60 Pf., Ofengußteile kg 30 Pf.**

2688

**Händler, welche fuhrenweise liefern, erhalten von 20 Zentnern an fast Hüttenpreise.**

Ferner zahle ich für:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Wollene Strümpfe | kg 800 Pf. | Blei | kg 100 Pf. |
| Lumpen | „ 40 „ | Zink | „ 80 „ |
| Papier | „ 20 „ | Messing | „ 120 „ |
| Bücher u. Zeitungen | „ 40 „ | Kupfer | „ 400 „ |

— Alle Sorten Felle zu höchsten Tagespreisen. —

Auf Wunsch freie Abholung, jedoch nur von 50 kg an aufwärts.

## Wilhelmine Theuring,

**Domplatz 9.** **Telephon 5659.**

---

2684

**U.T**

Nur noch bis Donnerstag:

Leipziger Str. 99

**? Gefesselte Menschen**
**(Können Gedanken töten)**
Ein nordisches Drama in 6 Akten.

Alte Promenade 11a

**Erdgift**
Drama aus den Künstlerkreisen in 5 Akten mit
**Grit Hegesa.**

**Beginn 4 Uhr.**

---

## Kaiser-Wilhelms-Halle.

**Donnerstags:** 2114

**Der große Ball**
auf neuem Parkett.

---

**Geselligkeitsverein Floria. Gegr. 15. Juli 1908.**

Sonnabend, den 7. August in Wilsdorfs Gesellschaftshaus:

**12. Stiftungsfest, Theater und Ball.** bestehend aus

Zur Aufführung gelangt: 2692

**Kapital und Arbeit.** Soziales Schauspiel in 1 Akt.

Anfang 7 Uhr. Eintritt inkl. Tanzgeld 2 Mk.

---

Der verehrlichen Kundschaft von Halle und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das

**Drogen-, Farb- und Lackwaren-Detailgeschäft der Firma Gustav Fuhrmann, Halle a. S., Reilstraße 5**

übernommen habe und es wie bisher unter der Firma

**Nord-Drogerie C. W. Bahlau**

weiterführen werde. Ich werde mich bemühen, allen Wünschen gerecht zu werden und bitte, mich bei meinem neuen Unternehmen zu unterstützen. 2682

---

## Krawatten

2695

**Binder — Regattes**
bedeutend ermässigt.
**Dauerwäsche-Vertrieb,**
**Kl. Berlin 2, 1 Tr., Ecke Sternstraße.**

---

**Arbeitsmarkt**

**Zeitungsträger**

für **Bennstedt** ab 1. September gesucht. Bewerber wollen sich in unserer Geschäftsstelle: Halle, Harz 42/44, melden oder schriftlich ihre Bewerbung einreichen. F

---

**Selbständiger** 2683

**Werkzeugmacher**

mit guten Erfahrungen per sofort gesucht.

**Natorp & Eberhardt, Hohenthurm.**

---

**Schulbücher aller Art**
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister rc.
Zu beziehen durch die
**Volks-Buchhandlung.**

---

**Apollo-Theater.** Anf. 8 Uhr.
**Der Graf von Luxemburg.**
Vorverk. 9-1 u. 5-½7 Uhr.

---

**ZOO!** *1297
Donnerstag, den 5. Aug., nachm. 4 bis 6 Uhr und abends 7½ bis 10½ Uhr:
**Konzert** vom Philharmon. Orchester unter Leitung d. Geschäftsführers Tonmeister Ludwig Sieda aus Berlin. — Eintritt: Erwachsene 1,— Mk., Kinder 0,50 Mk.; ab 7 Uhr abds.: Erwachs. 1,50 Mk., Kinder 1,— Mk.
Bei gutem Wetter: 10 Uhr abends: **Prachtfeuerwerk** v. d. pyrotechn. Kunstanst. Gebr. Pfeifer & Beck.

---

**Achtung, Können!**

Alle Wohnungsuchende sowie Wohnungsinteressenten werden zu einer **Besprechung** am Sonnabend, d. 6. August, im Bürgergarten eingeladen.
1284 Die Einberufer.

---

**Alte Stempel**
sofort schnell und billig
**Otto Schneiders Stempelfabrik Neumarktstr. 9**

---

**Reparaturen** an 2035
**:: Uhren ::**
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
**R. Lerner,** Uhrmacher,
Große Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstr.).

---

**Guterhaltene Möbel,** 2690
Tisch- u. Chaiselongue-decken, Federbetten, Schuhwerk billig zu verk.
Advokatenweg 18, Laden.

---

**Bettnässen,**
Befreiung garant. sofort. Alter- u. Geschlechts-Ang.
**Schwerhörigkeit,**
gef. gesch. Methode. Unsichtbar bequem zu tragen.
**Flechtenleiden,**
Dauerbeseitigung.
Glänzende Anerkennung.
**Graue Haare,**
Erreichung d. Naturfarbe. Wunderbare Erfolge.
Versand aller hdg., kosm., pharm. Präp. u. Neuheiten. Auskunft erteilt kostenlos mit Angabe des Wunsches.
**Wohlfahrt Versand,**
*1287 **München 7 H,**
**Hiltensbergerstr. 6.**

---

**Familien-Nachrichten**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Schwester und Tante 2685

**Therese Wunderlich**
geb. Lehmann

am Montagnachmittag 4 Uhr sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrübt an

**Frau Berta Ebersbach**
geb. Lehmann.

Zugedachte Kranzspenden bitte nach Schweitzerstraße 18 im Laden abzugeben. Die Beerdigung findet Donnerstagnachm. 1½ Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

---

**Nachruf.**

Am 1. August d. J. ist nach schwerem, mit großer Geduld getragenen Leiden, Herr

**Gartendirektor**
**J. Müller (Diemitz)**

heimgegangen. *1296

Der Verblichene hat der hiesigen Gemeindeverwaltung vom Jahre 1914 an bis zu den letzten Neuwahlen als Schöffe angehört, nachdem er längere Zeit vorher das Amt eines Gemeindevertreters bekleidet hatte.

Die Gemeindeverwaltung wird den Verstorbenen allzeit dankbar als eines Mannes gedenken, der stets ein leuchtendes Beispiel wahren Gemeinsinnes gegeben hat, der von höchster Ehrenhaftigkeit sowie Charakterfestigkeit gewesen ist und dessen Wirken im hiesigen Orte noch auf lange Zeit hinaus seine Spuren erkennen lassen wird.

**Diemitz,** den 2. August 1920.

**Der Gemeindevorstand.** Dr. Berthold.

---

# 12000 Mark für die Leser

**Wer ist's?**

von **Kürschners Bücherschatz** (Roman- und Novellensammlung).

Jeder Band mit Teuerungszuschlag 1 Mk. Bedingungen für das Preisausschreiben liegen jedem neuen Bande bei oder sind von jeder Buchhandlung sowie von Hermann Hillger Verlag, Berlin W 9, kostenlos zu beziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0004

# Die Zusammenfassung der Betriebsräte.

Von Robert Dißmann.

**Zur Klärung der Organisationsfrage der Betriebsräte sei auch jenen Genossen das Wort gegeben, deren Auffassungen sich mit den unserigen nicht decken. Genosse Robert Dißmann ist als Mitreferent für die Konferenz am Freitag im Volkspark gewonnen worden. Im folgenden Aufsatze legt er seinen Standpunkt dar. Red.**

•

Seit geraumer Zeit ist die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte Gegenstand ernsthafter Auseinandersetzungen. Im besonderen ist es unsere Partei, in derem Schoße die Streitfrage mit aller Heftigkeit und auch den damit verbundenen Begleiterscheinungen zum Austrag gelangt. Und ich fürchte, daß unsere Partei auch die Leidtragende bei diesen Auseinandersetzungen sein wird, wenn nicht bald die Erkenntnis für die Lebensnotwendigkeiten der Gewerkschaften auch in der USPD. eine sichere Heimstätte erlangt.

Der Streit um die Betriebsräte konzentriert sich auf die Frage: **sollen die Betriebsräte in einer selbständigen Betriebsräteorganisation zusammengefaßt werden oder aber soll die Zusammenfassung der Betriebsräte durch und innerhalb der Gewerkschaften erfolgen?**

Die Verfechter der selbständigen Betriebsräteorganisation weisen bei Begründung ihrer Auffassung u. a. hin auf die historische Entwicklung, die die Rätebewegung in Deutschland genommen, auf das Aktionsprogramm der Partei (beschlossen auf dem Leipziger Parteitag) und auf den „reaktionären" Geist, der heute noch die Gewerkschaften beherrsche. Die Zusammenfassung der Betriebsräte müsse auf revolutionärer Grundlage erfolgen und die Aufgaben der Betriebsräte könnten im Rahmen der Gewerkschaften nicht gelöst werden. Folgen wir diesen Gedankengängen und setzen ihnen die für uns ausschlaggebenden Gesichtspunkte entgegen.

Wer die Entwicklung der Rätebewegung in Deutschland seit den Novembertagen 1918 verfolgt, findet es sehr bald, daß es politische Arbeiterräte waren, um die es sich handelte. Wohl wurzelten auch die politischen Arbeiterräte in den Betrieben — dort ist der Mutterboden der Räte! —, doch die Aufgaben, die von den Arbeiterräten nach der Revolution 1918 in Angriff genommen wurden, waren politischer Natur. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren es, die damals Besitz ergriffen von der politischen Macht: um die politischen Rechte drehte sich in den Revolution folgenden Monaten der Kampf im Reich, Staat und Kommunen, und politische Rechte waren es, die in langmonatlichem Kampf den Arbeiterräten bis zum letzten Rest in den einzelnen Kreisen und Kommunen entrissen wurden. Soweit im ersten Jahre der Revolution die Arbeiterräte, die in den Fabriken und Werkstätten ihre Wahl gefunden hatten, auch wirtschaftliche Funktionen mit übernommen hatten, lag dieses in der Zeit und Stunde, hing zusammen mit den Wellenschlägen der Revolution und den vielen Anforderungen, die in jener Zeit auf uns einstürmten.

Von dem Kampf um die politische Macht war auch der Leipziger Parteitag beherrscht. Das dort angenommene Aktionsprogramm ist wahrlich nicht zugeschnitten auf die heutigen Betriebsräte. Soweit das damals in einer Gesetzesvorlage erkennbare Betriebsrätegesetz Erwähnung fand, geschah es in schärfster Kampfesansage. Den hätte ich gehen mögen, der damals in Leipzig die nach dem Betriebsrätegesetz zu wählenden Betriebsräte als die Träger des im Aktionsprogramm in den Vordergrund gestellten Rätesystems bezeichnet hätte. Davon war damals keine Rede. Zu dieser Erleuchtung ist man erst später gekommen. Erst nachdem alle anderen Gebilde einer vollständigen Räteorganisation an den gegenwärtigen Verhältnissen und politischen Machtfaktoren scheiterten, reklamierte man die nach dem Betriebsrätegesetz gewählten Betriebsräte, um letztere als das Objekt des Leipziger Aktionsprogramms zu bezeichnen und diese Betriebsräte nunmehr in einer selbständigen Organisation zusammenzufassen, unter dem Prädikat eines wirtschaftlichen Rätesystems. Und indem man dieses so zu schaffende Organisationsgebilde mit dem Stempel des Leipziger Aktionsprogramms versieht, werden alle Genossen, die diesen Riesenschwung nicht mitmachen können (in erster Linie die in den Gewerkschaften tätigen Genossen) als Verräter bezeichnet, die das Aktionsprogramm verleugnen und entweder Ordre zu parieren haben oder die Konsequenzen zu ziehen, d. h. Austritt oder Ausschluß aus der Partei. Fürwahr ein „einfaches Rezept"! Doch so leicht wird den „revolutionären" Verfechtern eines „wahrhaft revolutionären Rätesystems" dies nicht gelingen.

Weshalb müssen wir für diese Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften eintreten? Jahrzehntelang kämpften die Gewerkschaften unter vielen Opfern für eine Anerkennung der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse. Das wurde erreicht. Nun kam das Betriebsrätegesetz, nahm die Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse weg und übertrug deren bisherigen Rechte — zum Teil in etwas veränderter Form — auf die Betriebsräte. Das zwingt die Gewerkschaften, ob sie wollen oder nicht und ob es sich bei ihren Leitungen um unabhängige, kommunistische oder rechtssozialistische Parteianhänger handelt, sich der Betriebsräte anzunehmen. Die Gewerkschaften als wirtschaftliche Kampforgane wie die Gewerkschaftsmitglieder bedürfen einer direkten Arbeitervertretung im Betriebe gegenüber dem Unternehmer. Und das sind heute die Betriebsräte, deren im Betriebsrätegesetz umschriebene Funktionen und Aufgaben von A bis Z solche der Gewerkschaften sind resp. mit ihnen zusammenfallen. Eine Teilung dieser Aufgaben ist unmöglich, sie können nur in gemeinsamer Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten gelöst werden. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Gewerkschaften sind, die die Kämpfe um die Rechte der Betriebsräte gegenüber dem Unternehmer zu führen haben, sie sind es, die mit ihren Machtmitteln, den Betriebsräten das Rückgrat geben müssen. Doch wir wollen sicherlich nicht bei den völlig unzureichenden und durch das Betriebsrätegesetz verkümmerten Rechten einer Arbeitervertretung im Betriebe stehen bleiben. Im Gegenteil! Auf die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung einer sozialistischen Wirtschaft sind alle Kräfte einzustellen. Und die planmäßige Vorbereitung dazu ist mit eine Aufgabe, die den Betriebsräten und mit ihnen den Gewerkschaften als den wirtschaftlichen Kampfformationen des Proletariats zufällt.

Es ist grundfalsch, diese revolutionären, auf die Verwirklichung des Sozialismus hinzielenden Aufgaben als solche zu bezeichnen, die nur den Betriebsräten zufallen, die über den engen Rahmen der Gewerkschaften hinausgingen. Ja, zum Teufel auch: weshalb reden denn dieselben Genossen stets von einer „Revolutionierung der Gewerkschaften"? Entweder ist es ihnen, ist es uns ernst damit, und dann weise man den Gewerkschaften auch revolutionäre Aufgaben zu, oder es ist ein leeres Wortspiel. Glaubt jemand ernsthaft, die Revolutionierung der Gewerkschaften fördern zu können, wenn er den Gewerkschaften, die heute in ihren Mitgliedermassen die Träger des Wirtschaftsprozesses sind, wirklich revolutionäre Aufgaben vorenthält und erklärt: „Nein, das geht über den Rahmen eurer engen Gewerkschaftsaufgaben hinaus, das sind Aufgaben der selbständigen Betriebsräteorganisation."

Doch ich sehe schon, wie sich die Verfechter der selbständigen Betriebsräteorganisation bekreuzigen und ausrufen: „die Gewerkschaften werden ja in ihrer Mehrheit noch von einer rechtssozialistischen Gewerkschaftsbureaukratie geleitet und beherrscht, sie gehören zumeist der Arbeitsgemeinschaft an, und an der Spitze des ADGB. (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) steht Karl Legien." Wenn das bis heute zutrifft, dann nur deshalb, weil es bis heute noch nicht gelungen ist, die große Mehrheit der Arbeiterklasse — und damit die Gewerkschaftsmitglieder — in ihrer Erkenntnis auf revolutionärem Kampfesboden zu bringen. Ist dies erst gelungen — und es muß und wird gelingen! —, dann fallen auch die von mir skizzierten Einwände hinweg. Doch da kommen die gleichen Genossen und sagen: „Revolutionierung der Gewerkschaften? Da können wir noch lange warten." In einer Berliner Parteiversammlung riefen mir unlängst Anhänger der Betriebsrätezentrale zu: „in 100 Jahren noch nicht." Unglaublich, aber wahr. Wir aber glauben an das siegreiche Fortschreiten unserer Anschauungen. Doch will der revolutionäre Sozialismus siegen, dann muß er zunächst die Köpfe der breiten Arbeitermassen erfassen. Wer aber daran zweifelt, daß es gelänge, die Gewerkschaften zu revolutionieren, der soll uns einmal sachlich — nicht mit allgemeinen Redensarten! — begründen, wie er dann die siegreiche Durchführung ermöglichen will.

Es heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn man den Arbeitern eingureden versucht, die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation sei das Mittel, um im revolutionären Kampfe vorwärts zu kommen. Nicht eine Organisation der Vertrauensleute der Arbeiter, sondern die breiten Arbeitermassen selbst in ihren festgefügten wirtschaftlichen Kampforganisationen, die Gewerkschaften, bilden den natürlichen Mutterboden.

Der ADGB. zählt heute 8¼ Millionen Mitglieder, die Afa (freie Angestelltenverbände, die mit dem ADGB. zusammenwirken) über 700 000. Dort stehen die freiorganisierten Massen der Hand- und Kopfarbeiter und in ihren Reihen müssen wir wirken. Wenn die Anhänger einer selbständigen Betriebsräteorganisation auch in den jetzigen Auseinandersetzungen stets von konterrevolutionären, reaktionären Gewerkschaften reden, so geschieht es lediglich zu dem Zweck, um dadurch für ihre besondere Idee Proselyten zu machen. In der Sache aber leiten sie in ihrem wütenden Feldzug und Geschimpfe gegen die freien Gewerkschaften, die es „wagen", die Betriebsräte zusammenzufassen, nur den Gegnern der Gewerkschaften Wasser auf die Mühlen. KPD. und Unionisten der verschiedensten Couleur, Anhänger von Betriebsräteorganisationen und andere Zersplitterer der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind denn auch mit der Betriebsrätezentrale die lautesten Rufer im Streit.

Innerhalb der Gewerkschaften haben wir für unsere Anschauungen sachlich zu wirken, die Gewerkschaftsmitglieder zu überzeugen, die Revolutionierung der Gewerkschaften zu beschleunigen, die Arbeitsgemeinschaften wie jene Politik, die in den Jahren des Weltkrieges ihren Niederschlag fand und auch heute noch nicht überwunden ist, auf das entschiedenste zu bekämpfen. Das ist unsere Pflicht. Soll diese unsere Arbeit jedoch von Erfolg gekrönt werden, dann geht es nicht an, die fundamentalen Lebensinteressen der Gewerkschaften zu treffen, wie es durch die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation geschieht. Wir bedanken uns für die platonischen Liebeserklärungen, die dahin gehen, daß man nicht gegen die Gewerkschaften sei, sondern mit ihnen zusammenarbeiten wolle usw. Die Praxis sieht leider anders aus. Das haben wir nun allmählich von jener Seite sattsam erfahren. An hunderten Fällen können wir nachweisen, wie die „selbständigen" Betriebsräte dauernd in die ureigensten Gebiete der Gewerkschaften eingreifen, um nachher den Gewerkschaften, wenn sie die Suppe eingebrockt haben, das Auslöffeln zu überlassen. Der Deutsche Metallarbeiterverband wie andere Gewerkschaften können ein Liedchen davon singen. Und weil es unmöglich ist, diesem Spiel länger zuzusehen, weil jede Gewerkschaft, mag sie diesen Dingen gegenüber noch so viel Geduld an den Tag legen, auf die Dauer an diesen Pferdekuren zugrunde gehen muß, deshalb müssen wir eine selbständige Betriebsräteorganisation ablehnen. Die „Einigung" der Berliner Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale kann uns nicht irre machen. Wer auch nur einen kleinen Einblick in die Berliner Verhältnisse „genossen" hat und über die dort zustande gekommene Zwangsgeburt einer „Einigung" im Bilde ist, der weiß, das auf eine längere Dauer Unhaltbare dieses Einigungsgebildes richtig einzuschätzen. Darüber sind sich, nebenbei bemerkt, auch die Väter dieser „Einigung" innerlich nicht im Unklaren.

Die USPD. aber hat als Partei wahrlich alle Ursache, in diesem Streit um die Betriebsräte die Lebensinteressen der Gewerkschaften zu beachten. Die SPD. wie die KPD. sind klug und einsichtig genug, es zu tun. Deshalb vertreten beide genannten Parteien, so komisch es wegen ihrer politischen Gegensätzlichkeit scheinen mag, den Standpunkt, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zu erfolgen habe. Nur in der USPD. herrscht darüber Streit. Wer die Dinge kennt, weiß warum. Wir sind mit ganzer Seele bei der Partei und treten auch innerhalb der Gewerkschaften mit allen unseren Kräften für die Revolutionierung des Geistes wie der Umstellung der Gewerkschaften auf revolutionärem Kampfesboden und der damit verbundenen Aufgaben ein. Das sollte auch uns ein Anrecht darauf geben, daß die zwingenden Gründe für eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften auch von unserer Partei im Lande anerkannt werden.

---

# Der Zuckerskandal.

Die Unfähigkeit der Behörden, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln verantwortlich sind, wird immer unerträglicher. Nicht nur, daß durch falsche Organisation die Verteilung und durch Unterlassung jeder Einwirkung in der Frage der Anbauregelung wichtigste Lebensmittel entweder zum Hauptteil in den Schleichhandel gehen — wie z. B. Fleisch — oder in völlig ungenügender und zu den Leistungsmöglichkeiten in gar keinem Verhältnis stehenden Menge vorhanden sind — wie z. B. Zuckerrüben —, das Wenige, was schließlich verfügbar ist, wird noch dazu in unverantwortlicher Weise verlempert.

Die deutsche Bevölkerung leidet schon seit Jahren unter schwerstem Zuckermangel. Zucker ist aus dem Nahrungsmittel, als das man ihn einst betrachten konnte, zum äußerst gesuchten und teuer bezahlten Luxusartikel geworden. Die rationierte Zuteilung ist völlig ungenügend. Es ist angeblich so wenig Zucker vorhanden, daß wahrscheinlich gewaltige Mengen von Früchten aller Art, die durch das Einkochen mit Zucker haltbar gemacht werden können, fur die Ernährung glatt verloren gehen, weil kein Zucker für solche Zwecke verteilt werden könnte.

Der Zucker ist schon da, aber er muß zur Schnapsbereitung herangezogen werden! Denn die Reichsmonopolverwaltung in Berlin läßt den Gastwirten im deutschen Reich ein Angebot zugehen, auf Grund dessen sie bei Abnahme von 300 Litern Spiritus einen Zentner Zucker zur Verfügung gestellt bekommen.

Ein solches Gebahren der Reichsmonopolverwaltung ist einfach unverantwortlich und gleicht einer bewußten Provokation der zuckerhungrigen Bevölkerung! Oder muß es nicht aufreizend wirken, wenn bekannt wird, daß zum Vorteil reicher Genießer Zucker in großen Mengen zu völlig überflüssigen alkoholischen Genußmitteln verschwendet wird, während er in anderer Verwendung eine Verbesserung der Volksernährung herbeiführen würde? Wie will die Reichsmonopolverwaltung ihr Gebahren rechtfertigen?

---

# Die Bankrottwirtschaft.

## Elende Finanzlage des Reiches.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches überreicht. Nach einer Uebersicht über die finanzielle Entwicklung des Reiches von 1913—1919 wird ausgeführt:

Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen sollen erbringen insgesamt 27,77 Milliarden Mark, darunter 2,9 Milliarden Mark aus Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden Mk. aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mk. Rückeinnahmen, veranschlagt mit 27,77 Milliarden Mk. Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im Voranschlag geschätzt sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats die Wage halten. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des schwankenden Geldwertes ist es jedoch fraglich, ob dieses Ergebnis erzielt werden kann.

Der außerordentliche Haushalt sieht zunächst 11,6 Milliarden Mk. Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge in Höhe von 12,9 Milliarden Mk., die sich aber aus den vorgenannten Gründen wohl auf 16 Milliarden Mk. oder noch darüber erhöhen werden. Die Gesamtausgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mk. betragen.

Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden Mk. angegeben, wovon rund die Hälfte durch die Einnahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Von Jahresfrist ist die große Steuerreform in Angriff genommen worden. Trotzdem die Gesetzgebung rasch gefördert worden ist, wird es doch noch einige Zeit dauern, bis die finanzielle Auswirkung der bisher geschaffenen Steuergesetze vollkommen in die Erscheinung tritt. Bis dahin aber wachsen und wachsen die Schulden und erhöhen die Finanznot des Reiches. Hatte der Schuldenstand am 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nichtdiskontierten Schatzanweisungen 196,1 Milliarden Mk. betragen, so belief sich die Gesamtschuld des Reiches am 30. Juni 1920 auf die Summe von 215 Milliarden Mk. Darunter waren 123,8 Milliarden Mk. schwebende Schulden. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11½ Milliarden Mark auf. Diese Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenvermehrung im Monat Juni liegt in dem Bedarf der Verkehrsverwaltungen. Die Post erforderte ein außerordentlichen Deckungsmitteln eine Milliarde Mark, die Eisenbahn an Zuschüssen zwei Milliarden Mark und infolge der Verreichlichung und Uebernahme der preußischen schwebenden Schuld aus das Reich weitere sechs Milliarden Mark.

Aus diesen Ziffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in welcher wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papiernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wäre nicht auszudenken.

•

Der Reichsfinanzminister hätte sich seine Mahnung „an das deutsche Volk" ersparen können, denn nicht das „Volk" ist es, das das Reich zugrunde richtet, sondern es sind die besitzenden Klassen, die die Schuld am Kriege tragen, die ungeheuren Kriegskosten verursacht haben und die sich nunmehr von der Bezahlung der Lasten zu drücken suchen. Der Reichsfinanzminister hat selbst wiederholt feststellen müssen, daß der Ertrag aus den Besitzsteuern bisher lächerlich gering war, und wenn es bis jetzt überhaupt noch gelungen ist, das Reich vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, so ist das den ungeheuren Lasten zuzuschreiben, die der minderbemittelten Bevölkerung auferlegt worden sind.

Gerade in Anbetracht dieser Umstände wirkt es so empörend, daß durch den Steuerabzug vom Lohn bei der werktätigen Bevölkerung eine Zwangsanleihe aufgenommen wird, und daß auf diese Weise das Proletariat, das ohnehin schon durch die kapitalistischen Kreise aufs äußerste ausgebeutet und entrechtet wird, zu Sonderleistungen für den Staat herangezogen wird. In Zukunft sollte der Reichsfinanzminister also seine Mahnung nicht „an das deutsche Volk" richten, sondern vielmehr alles tun, damit die besitzenden Klassen endlich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Das geschieht aber noch nicht im entferntesten. Je schwerer der Steuerdruck auf der werktätigen Bevölkerung lastet, desto tollere Profitorgien feiern die kapitalistischen Kreise. Glaubt die Regierung, daß das Volk sich diesen wahnwitzigen Zustand noch lange gefallen lassen wird?

•

## Neue Steuerdrückebergerei.

Mit aller Entschiedenheit suchen sich die Besitzenden vor dem Steuerzahlen zu drücken. Die Besitzsteuern, die im vergangenen Jahre beschlossen sind, stehen auf dem Papier. Aber auch die Einkommensteuer soll nach den Wünschen gewisser kapitalistischer Kreise für die Besitzenden möglichst unschädlich gemacht werden. Im Reichstag haben einige demokratische Abgeordnete eine Anfrage an die Regierung gestellt, die betont, daß die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, wonach das Jahreseinkommen d. J. 1920 doppelt als Grundlage der Besteuerung dienen soll, wachsende Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Tatsache an sich ist richtig. Sie ist auch eine Gefahr für die Festbesoldeten, die ja gerade beim Reichseinkommensteuergesetz durch den Abzug bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuerzahlung herangezogen werden.

Für die Nichtfestbesoldeten läßt das Einkommensteuergesetz viele Möglichkeiten zur Steuerdrückebergerei offen. Eine Möglichkeit, die die Besitzenden sicherlich in großem Umfange benutzen werden. Die Anfrage der Demokraten will diesem Bestreben Vorschub leisten und ihm das Mäntelchen der Legalität umhängen. So regt die Anfrage an, die Veranlagung nicht nach dem Ergebnis nur des Vorjahres, sondern nach einem dreijährigen Durchschnitt erfolgen zu lassen. Da das nur für die Nichtfestbesoldeten in Betracht kommen würde, wäre damit eine weitreichende Milderung des Einkommensteuergesetzes für diejenigen geschaffen, die ohnedies von ihm mit Samtpfötchen angefaßt worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0005

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden deshalb mit großer Aufmerksamkeit auf die Antwort des Finanzministeriums auf diese Anfrage schauen müssen. Auch nur der Versuch, den Wünschen der Kapitalisten zu entsprechen, müßte ihren entschlossenen Widerstand hervorrufen.

# Aus der Partei.

## Ein Gedenktag.

Heute fährt sich zum fünfundzwanzigsten Male der Todestag Friedrich Engels', jenes Geisteshelds der sozialistischen Wissenschaft, dessen Werke der modernen Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben haben. Mit Karl Marx zusammen schrieb er das Kommunistische Manifest, den Leitschnitt der sozialistischen Lehre, und mit Marx zusammen brachte er den Sozialismus aus dem Nebel phantastisch sentimentaler Schwärmerei und utopistischen Träumens auf den Boden der Tatsachen. Die Bedeutung Engels' ist gerade in den letzten Jahren in die rechte Beleuchtung gerückt worden, insbesondere sein Anteil an der Begründung der Methode vom historischen Materialismus. Wir werden auf das Lebenswerk Engels', das unserem gegenwärtigen kämpfenden Geschlecht so unendlich viel zu geben hat, demnächst anläßlich seines hundertsten Geburtstages näher eingehen.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. August 1920.

## Kommunale Baustoffbeschaffung.

Die Kommunen kommen anscheinend immer mehr zu der Erkenntnis, daß die Wohnungsnot nur durch die Sozialisierung des Wohnungswesens beseitigt werden kann, denn die Zahl der Kommunen wird immer größer, die in irgend einer Weise solche Arbeit von Grund auf leisten.

Die neuesten Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages bringen uns interessante Angaben über die stetig zunehmende kommunale Baustoffbeschaffung. Bekanntlich hat die Wohnungsnot ihre Ursache einmal in den traurigen finanziellen Verhältnissen und dann in den teueren und doch schwer zu beschaffenden Baumaterialien. Und da hat man mit der kommunalen Baustoffbeschaffung überall gute Erfolge gezeitigt. Die eine Stadt hat es mit diesem Material versucht, die andere mit jenem. Das Gesamtbild ist recht erfreulich. Eine ganze Anzahl von Städten hat eigene Ziegeleien geschaffen. Andere haben Sandleinbrüche, Holzbearbeitungsstätten, Schlackensteinfabriken, aus Müll und Schlacken der Gas nstalt) und dergl.

Besonders interessant ist der Bericht, den Wiesbaden in der Beziehung gibt. Wiesbaden stellt, so heißt es, seit Frühjahr 1919 in einer städtischen seiner Zeit für andere Zwecke erworbenen Ringofenziegelei Ziegelsteine in eigener Regie her. Diese Maßnahme hat sich bewährt. Während in Wiesbaden und Umgegend 1000 Ziegelsteine ab Ringofen im Herbst 1919 150 Mk. und mehr kosteten, betrugen die Selbstkosten der im Jahre 1919 städtischerseits hergestellten 1½ Millionen Ziegelsteine nur etwa 90 Mk. pro 1000 Stück. Bauholz wird seit Frühjahr 1919 auf einer seitens der Stadtverwaltung gepachteten Holzschneiderei hergestellt. Während das Bauholz von privater Seite mit 280—300 Mk. berechnet wurde, stellten sich die Herstellungskosten städtseitig bei Einkauf des Stammholzes mit durchschnittlich 38 Mk. für den Festmeter auf etwa 95 Mk. für den Kubikmeter Bauholz und etwa 107 Mk. für den Kubikmeter Bretter.

Man versucht heute verschiedentlich von reaktionärer Seite den Kommunalbetrieb als unwirtschaftlich darzustellen. Daß auch manche kommunalen Wirtschaftsbetriebe unter den heutigen Verhältnissen leiden, ist selbstverständlich. Genau so wie z. B. die privaten Straßenbahnen unter der heutigen Wirtschaftsnot zu leiden haben. Obige Zahlen beweisen uns aber deutlich, daß der kommunale Betrieb als solcher wirtschaftlicher arbeiten kann als die Privatwirtschaft, daß speziell der Wohnungsbau heute die kommunale Wirtschaft direkt zur Voraussetzung hat. Darum verlangen wir, daß man die Kommunalisierung nach dieser Richtung hin überall weiter ausbaut, damit auf diese Weise endlich einmal das Wohnungselend von Grund auf die notwendige Besserung erfährt.

## Welche Bildungswerte vermittelt das Kino?

Jede kleine Stadt besitzt ihr Kino, und je größer die Stadt ist, desto zahlreicher werden die Lichtspielhäuser. In den Großstädten sind sie wie Pilze aus der Erde geschossen. Und allabendlich sind die Kinos besetzt, ja mehr als das — gedrängt voll. Gerade die arbeitende Bevölkerung strömt diesen Stätten zu und sucht sich hier zu zerstreuen. Welcher Art nun die Kunst- und Moralwerte sind, die das Kino vermittelt, mögen folgende Zeilen beweisen: Eine Kinostatistik hat in 250 Stücken einer Firma 97 Morde, 45 Selbstmorde, 35 Trinker, 22 Entführungen, 176 Diebe, 25 Prostituierte usw. festgestellt. Das ist der Inhalt der sog. Dramen, die 62 Proz. aller Kinodarbietungen ausmachen. 22 Proz. bestehen aus „humoristischen" Filmen, wie man diese fast ausnahmslos albernen Machwerke nennt, und nur 16 Proz. aller Filme haben einen belehrenden Inhalt. Bei solchen Darbietungen ist die verderbliche Wirkung der Kinos unvermeidlich.

Das Gemeindekino kann uns allein von solcher Unkultur befreien. Das kapitalistische Kino wird stets versuchen, aus den niedrigen Instinkten des Menschen Geld herauszuschlagen. Die Tatsache, daß alle Versammlungen und Resolutionen und Vorschriften keine wesentliche Besserung gebracht haben, und daß das Resultat obiger Statistik noch möglich ist, beweist, daß das private Kino verschwinden muß. Das verlangt vor allem das Recht der Jugend.

Gerade das Recht der Jugend verlangt gebieterisch nach kommunalen Kinos. Die Jugend hat besondere, belehrende und erziehende, dem jugendlichen Herzen und Hirn entsprechende Filme nötig. Gerade solche Filme, die den größten erzieherischen Einfluß auf die Jugend auszuüben vermögen, sind es aber, die sich, wie die Kinobesitzer sagen, am wenigsten „rentieren". Daher schreiben die wenigen Kinobesitzer, die solche Vorstellungen bringen, die Kosten von vornherein auf die Verlustseite.

So verlangt die Erziehung unsrer Jugend Gemeindekinos. Kommunale Jugendkinos sollten in jeder Stadt vorhanden sein. Und da sich die die die Jugendkinos nicht „rentieren", wie sich die Herren Kinobesitzer so schön ausdrücken, so sollte das ganze Kinowesen kommunalisiert werden, damit die etwaigen Verluste, die das Gemeinde-Jugendkino bringt, durch die andern Kinos wieder ausgeglichen werden.

## Kunst und Volk.

Ein Genosse sendet uns folgende Betrachtung zu dem Volkskonzert des Stadttheaterorchesters, denen man durchaus zustimmen kann:

Mit frohen Gefühlen schritt ich am Montag zu unserm Musentempel, in der Meinung, das Haus mit Volk besetzt zu sehen, mit Leuten, für die ja dieses billige Konzert veranstaltet wurde. Aber beim Anblick der Zuhörerschaft war ich doch sehr enttäuscht, denn die meisten von denen, die daßaßen, gehörten zu den Kreisen, die beim Worte Volk ein Gruseln verspüren. Nun ist es ja das Recht eines jeden, ganz gleich, welcher Klasse er angehört, auch ein billiges Konzert anzuhören, aber es ist bedauerlich, daß mangelnde Kunstinteresse der Arbeiterschaft feststellen zu müssen. Wohl in unsere Zeit von Sorgen und Kämpfen erfüllt, aber gerade deshalb tut es dem Proletarier hier hinein Zeit zu Zeit aus der Fron des Alltags, aus dem quälenden Sinnen um des nackten Lebens Erfordernisse einige Stunden emporzuheben, sich zu reinigen. Und gerade die Darbietungen unseres Stadttheaterorchesters bieten dazu die Gelegenheit. Welcher Mensch vergißt wohl nicht beim Hören solcher Wunderwerke, wie es Beethovens Pastorale ist, die Alltagssorgen und des Lebens Härte! Wer gäbe sich wohl nicht ganz der Weihe hin, die beim Erklingen solcher hohen und schönen Tonharmonien ausgelöst wird! Schwer ist es dem Arbeiter und seinen Angehörigen im allgemeinen, sinfonische Werke zu Gehör zu bekommen, denn die Preise für solche Darbietungen sind meistens unerschwinglich. Deshalb muß es heißen: Hinein in die billigen Volkskonzerte, heraus auf einige Stunden aus der Mühsal und der Not. Vor allem die reife Proletarierjugend sollte von den Quellen der Musik trinken. Die uns große Meister erschlossen haben. Das ist eine andere Zerstreuung, als Kino, Tanzsaal und andere Vergnügungen sie bieten können.

## Kleiderstoffe für Kriegsbeschädigte.

Zu dem gestrigen Artikel des Internationalen Bundes schreibt uns der Reichsbund: „Bald nach der Besprechung der Kriegsbeschädigten-Organisationen mit dem Herrn Stadtrat Georg, in welcher zu der Frage der Beschaffung von billigen Kleiderstoffen Stellung genommen war, setzte sich der 1. Vorsitzende der Reichsbund-Ortsgruppe Halle und der Geschäftsführer der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit der Beschaffungsstelle 34 der Reichskleiderbeschaffungsstelle hier in Halle in Verbindung, um die von den Organisationen geforderten Kleiderstoffe zu erlangen. Von dieser Stelle wurde auf mehrmalige Anfragen stets der Bescheid gegeben, daß die Mengen, die gefordert würden, auf keinen Fall geliefert werden könnten. Es wurde dann in der Folgezeit die Liste des Reichsbundes zurückgereicht um Streichungen und Aenderungen darin vorzunehmen. Die Liste für Kriegshinterbliebene wurde von der städtischen Hinterbliebenenfürsorge an das Stadternährungsamt zurückgegeben, weil der Herr Stadtsekretär Lehnert, mit dem bis dahin der Vorsitzende des Reichsbundes in der Angelegenheit verhandelt hatte, dies so wünschte. Die Liste der Kriegsbeschädigten wieder zurückzugeben, war nutzlos geworden durch die wiederholt abgegebene Erklärung der Textilnotstandsversorgung und auch des Stadternährungsamtes, daß die Stadt Halle mit Reichskleiderware überliefert sei, und daß sich die Kriegsbeschädigten in den Geschäften der Stadt, die Reichskleider verkauften, eindecken könnten. Daß eine Belieferung der Organisationen durch die Reichskleiderstelle auch jetzt noch nicht möglich ist, gibt das Stadternährungsamt zu, durch die Weitergabe des Antrags der Ortsgruppe des Internationalen Bundes, nicht an die Reichskleiderstelle, sondern an die Hauptfürsorgestelle Merseburg, der es natürlich auch nicht möglich sein wird, die gewünschten Dinge zu liefern. Nach diesem hat die Ortsgruppe Halle genau so wenig von einer Lieferung der Sachen gehört als die Ortsgruppe des Internationalen Bundes. Als der Ortsgruppe Halle des Reichsbundes klar wurde, daß an eine Lieferung der gewünschten Stoffmengen durch die Textilnotstandsversorgungsstelle nicht zu denken war, versuchte sie von sich aus ihre Mitglieder mit anderen Gegenständen, Hosen, Hemden usw., zu beliefern. Das dem Internationalen Bunde zugegangene Schreiben des Herrn Stadtsekretär Lehnert geht von der irrigen Auffassung aus, daß Reichsbund und Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle Halle eins seien. Der Ortsgruppe Halle des Reichsbundes ist bekannt, daß der Geschäftsführer der Hallischen Kriegsbeschädigten-Fürsorge nicht nur einmal, sondern öfters, eine Sonderzuweisung von Kleidungsstücken an Kriegsbeschädigte durch die Hauptfürsorgestelle beantragt hat. Dadurch ist die letzte Lieferung der Drillichhosen, Jacken und Seife möglich geworden. Von der Ortsgruppe Halle des Reichsbundes ist niemals behauptet worden, daß die Schuld an der Verzögerung der Lieferung der Herr Stadtrat Georg oder der Herr Stadtsekretär Lehnert trägt. Es ist ganz im Gegenteil stets betont worden, daß beide Herren sich mit größtem Eifer der Sache angenommen hatten. Daß die Ortsgruppe des Internationalen Bundes vom Gang der Angelegenheit nicht auf dem Laufenden gehalten worden ist, kann niemals dem Reichsbund zur Last gelegt werden. Der Reichsbund hat für die Ausführung der notwendigen Vorarbeiten ebensowenig oder ebensoviel Verpflichtung übernommen wie der Internationale Bund. Die Ortsgruppe Halle des Reichsbundes wird weiterhin bemüht bleiben, ihren Mitgliedern billige Kleiderstoffe und ähnliches zu beschaffen, und wird dies in Zukunft ohne Inanspruchnahme des Magistrats der Stadt Halle tun. Ganz fern liegt es dem Reichsbund bei der Arbeit für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene parteipolitische Momente mitwirken zu lassen."

Mit dem Abdruck der Erklärungen der beiden Organisationen ist für uns die Angelegenheit erledigt. Wir werden keinerlei Zuschriften in dieser Sache mehr veröffentlichen.

* **Metallarbeiter.** Zu der am Freitag, den 6. August, stattfindenden großen Funktionärsitzung haben nicht nur die Betriebsratsvorsitzenden Zutritt, wie irrtümlich im Inserat und der Lokalnotiz von gestern geschrieben wurde, sondern sämtliche Betriebsräte. Die Ausweiskarten müssen bis Donnerstag abend abgeholt sein. Ferner ist abzuholen die Betriebsrätezeitschrift Nr. 8 nebst Beilage. Die Zeitschrift bringt außer dem sonstigen wertvollen Inhalt zwei wichtige Entscheidungen betr. Arbeiterentlassungen nach dem Betriebsrätegesetz, die Beilage und die neue Arbeitsordnung für die Metallindustrie, die wir zum Studium eifrig empfehlen, da wir in einer der nächsten Sitzungen Stellung dazu zu nehmen haben. Die Ortsverwaltung.

* **Sozialistische Proletarier-Jugend.** Am Donnerstagabend im Mosartsaal Zusammenkunft. Genosse Martin Bräuer wird über das Thema: Die Sozialistische Proletarier-Jugend und die Internationale sprechen. Die anschließende Aussprache wird dazu dienen. Klarheit über diese Frage zu schaffen, da gerade der Anschluß an die Jugendinternationale unsern Gegnern ein Mittelchen in die Hand gab, in ziemlich gehässiger Weise gegen uns zu agitieren.

* **Rechtsverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für das Arbeitspersonal im Handels- und Transportgewerbe.** Der zwischen dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend e. V. und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Halle a. S. und Umgegend, am 1. Februar 1920 abgeschlossene Manteltarifvertrag nebst Nachtrag vom 30. April d. J. ist zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe, gemäß des § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für das Gebiet der Stadt Halle, sowie der Orte Ammendorf-Beesen, Radewell, Osendorf, Wörmlitz-Böllberg, Passendorf, Nietleben, Dölau, Lettin, Sennewitz, Seeben, Möglich, Diemitz, Reideburg-Schönnewitz, Bruckdorf und Kanena durch das Reichsarbeitsministerium für allgemein rechtsverbindlich erklärt worden. Die Rechtsverbindlichkeit beginnt mit dem 1. Juni d. J.

* **Der Gesundheitszustand des Proletariats** wird recht deutlich durch eine Sonderbeilage zu den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes erörtert, in der über die Gesundheitsverschlechterung der Berliner Arbeiterbevölkerung Aufschlüsse gegeben werden. Die Tabellen entstammen dem Material der Allgemeinen Ortskrankenkasse aus den Jahren 1915 bis 1918. Danach hat die Häufigkeit der Erkrankungen gewaltig zugenommen. Im Jahre 1915 gab es „nur" 3 600 000 Krankheitstage, im Jahre 1918 dagegen fast das Doppelte, nämlich 6 045 000 Krankheitstage. Ganz besonders hat sich der Gesundheitszustand bei den Arbeiterinnen verschlechtert. Während im Jahre 1915 auf die weiblichen Proletarier die doppelte Zahl an Krankheitstagen kam als auf die männlichen, ist die Zahl der Tage 1918 bei ihnen dreimal so groß gewesen. Auch aus dem Verhältnis der Mitgliederzahl zu den Krankheitstagen ergibt sich dasselbe traurige Bild proletarischen Elends. Während nämlich 1915 auf je 1000 Mitglieder 9880 Krankheitstage bei männlichen, 8955 bei weiblichen Mitgliedern kamen, stieg diese Zahl im Jahre 1918 auf 14 828 und 16 968 Krankheitstage. Angesichts solcher Zahlen des Jammers können wir nicht energisch genug auf eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse drängen.

* **Klagen über die hiesige Ortskrankenkasse** werden uns von einem Genossen übermittelt, damit sie einmal öffentlich ausgesprochen werden. Der Betreffende ist krank, geht aber seiner Arbeit nach und hatte sich von seinem Kassenarzt gegen Bezahlung seines Leidens ein Medikament verschreiben lassen. Der Apotheker erklärte aber, daß die Ortskrankenkasse solche teuren Medikamente (es sollte 18,60 Mk. kosten) nicht bezahle und daß der Arzt ein Ersatzmittel verschreiben müsse, das billiger sei. Unser Genosse wies darauf hin, daß der Arzt gerade dieses Mittel als das einzige bezeichnet habe, welches helfen könne. Trotzdem verweigerte der Apotheker die Abgabe, weil von der Ortskrankenkasse eben nur die billigeren Ersatzmittel bezahlt würden. Wenn das Mitglied der Krankenkasse das Medikament selber bezahlen wolle, könne es die Medizin erhalten. Es soll hier nun einmal die Frage aufgeworfen werden, ob die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich mit diesen Zuständen einverstanden erklären können. Das Krankengeld wird bezahlt und die Krankenkassen sind doch schließlich einzig und allein zu dem Zweck da, um den Mitgliedern freie ärztliche Behandlung, freie Arzneimittel usw. zu gewähren. Wir müssen im Interesse aller Mitglieder dagegen protestieren, daß wenn der Arzt für das Mitglied zur Heilung eines Leidens Medikamente für notwendig erachtet, diese unter allen Umständen, auch wenn sie teuer sind, von der Krankenkasse bezahlt werden müssen. Es kann und darf nicht angehen, daß die Mitglieder in solchen Fällen noch mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten rechnen müssen, und daß noch Verzögerungen in der Beschaffung des Medikaments entstehen.

* **Die proletarische Frau** ist im ganzen internationalen Leben zu einem bedeutsamen Machtfaktor geworden. Nach den Mitteilungen von Döring im Archiv für soziale Hygiene beträgt der gesamte, durch den Krieg entstandene Menschenverlust 17 Millionen. Daran ist Oesterreich mit 11, Deutschland mit 9,8, Frankreich mit 8 und England mit 4 Prozent beteiligt. Dieser gewaltige Männerverlust bringt es mit sich, daß sich der Frauenüberschuß in fast allen Ländern mehr als verdreifacht hat. Da heißt es denn jetzt mehr denn je, die proletarische Frau für unseren Gedanken zu gewinnen.

* **„Gegen Höchstgebot!"** In den Tages- sowie in den Fachzeitungen findet man häufig Inserate, in denen irgendeine Ware „gegen Höchstgebot" angeboten wird. Ueber die Frage, ob derartige Aufforderungen zur Abgabe von Höchstgeboten gesetzlich erlaubt sind, ist schon vielfach gestritten worden. Jetzt hat nun das Reichswirtschaftsministerium dazu folgendermaßen Stellung genommen: „Die Aufforderung zur Abgabe von Höchstgeboten in der Tages- und Fachpresse ist durch das Gesetz nicht ausdrücklich unter Strafe gestellt, dagegen verstößt eine derartige Anzeige gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918. Die Aufforderung, Höchstpreise anzugeben stellt, soweit die zum Verkauf gestellten Waren Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, eine unlautere Machenschaft dar, die notgedrungen eine Steigerung des Marktpreises im Gefolge haben muß. Die Aufforderung, Höchstpreise abzugeben, läßt erkennen, daß der Verkäufer lediglich an den Höchstbietenden abgeben will, und zwar offenbar auch dann, wenn der dadurch von ihm erzielte Gewinn ein übermäßiger ist. Ueberdies reizt der Verkäufer mittels der Anzeige die Käufer, sich gegenseitig zu überbieten, und Preise zu bieten, die keinesfalls mehr als angemessen bezeichnet werden können. Ein solches Verhalten muß aber für einen ordentlichen Kaufmann als unlauter angesehen werden. Daß fernerhin dieses Verfahren seine Rückwirkung auf die Marktlage haben und zu einer Steigerung der Preise führen muß, bedarf keiner Erörterung."

* **Das Steuergeheimnis.** Für die Landesfinanzämter ist eine vorläufige Geschäftsordnung erlassen worden, die auch für die Kunden dieser Aemter, die Steuerpflichtigen, von besonderem Interesse ist. Die Amtspflicht sämtlicher Beamten der Reichsfinanzverwaltung erstreckt sich insbesondere darauf, daß sie Verhältnisse eines Steuerpflichtigen, die sie dienstlich erfahren haben, strengstens geheimhalten. Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse dürfen sie nicht unbefugt verwerten, wenn sie diese dienstlich erfahren haben. Diese Pflicht wird durch Ausscheiden aus dem Dienst oder Beendigung der Tätigkeit nicht berührt. Die Pflicht zur Geheimhaltung liegt insbesondere auch den Beamten der Registraturen und Kanzleien ob. Sie gilt auch für alle Beamten und Angestellten, die sonst mit der Verwaltung oder der Verwendung von steuerlichen Akten betraut werden. Disziplinarischer, gegebenenfalls strafrechtlicher Ahndung unterliegt eine unbefugte Ueberlassung von Dienstakten und dienstlichen Schriftstücken an Personen, die diese nicht innerhalb des zugewiesenen Geschäftszweigs benötigen. Die Landesfinanzämter verwalten als Oberbehörden der Reichsfinanzverwaltung alle Steuern im Sinne der Reichsabgabenordnung. Sie wirken auch bei dem Branntweinmonopol. Der Reichsminister der Finanzen kann den Landesfinanzämtern und den unterstellten Behörden die Verwaltung von Landesabgaben, Kirchensteuern usw. übertragen.

* **Die Karten zur Konferenz** sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, die am Freitagabend um 6 Uhr beginnt, sind an den im Inserat bekanntgegebenen Stellen abzuholen. Sämtliche Funktionäre müssen anwesend sein, denn die Entscheidung über die wichtige Betriebsrätefrage steht bevor. Als Referenten erscheinen die Reichstagsabgeordneten Robert Dißmann und Wilhelm Koenen.

* **Beschlagnahmte Ware.** In der Zeit vom 1. bis 31. Juli 1920 sind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wuchersstelle und die Eisenbahn-Ueberwachungsbeamten folgende im Schleichhandel erworbene Gegenstände beschlagnahmt worden: 47¼ Pfund Butter, 143 Pfd. Hammelfleisch, 514 Pfd. Rindfleisch, 111 Pfd. Kalbsfleisch, 10 Pfd. Schweinefleisch, 38 Pfd. Wurst, 2802 Pfd. Mehl, 613 Stück Brötchen, 165 Pfd. Gerste, 100 Pfd. Mohn, 6½ Pfd. Zucker, 252 unversteuerte Zigaretten, 1 kompl. Gewindeschneidezeug, 1 Automagnet, 1 Stahlsteln, 1 Prismenglas, 1 weiße Lagerstiefel, 3 wollene Decken, 1 Ankerfahrrad, 4 Fläschchen Morphium, 3 Patentflaschen Cloroethyl und 56 Ballon Schwefelsäure. Die beschlagnahmten Lebensmittel wurden, soweit von den zuständigen Behörden nicht anderweit über sie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausschuß hier überwiesen. Ueber die anderen Waren haben die Strafverfolgungsbehörden oder die zuständigen Reichsstellen zu verfügen.

* **Zusammenstoß.** Gestern vormittag wurde an der Bahnüberführung in der Turmstraße ein Lastkraftwagen von einem Güterzug angefahren. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

* **Fahrlässige Tötung.** In der elterlichen Wohnung in der Zwingerstraße wurde ein 20 Jahre altes Mädchen von ihrem 8 Jahre alten Bruder, der mit einem geladenen Revolver hantierte, aus Unvorsichtigkeit erschossen.

* **Diebstahl.** In vorletzter Nacht wurde in ein Zigarrengeschäft in der Goethestraße eingebrochen. Hierbei wurden Zigarren und Zigaretten im Werte von 3000 Mk. gestohlen.

### Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Zoologischer Garten. Auf die morgen, Donnerstag, den 5. August, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr, stattfindenden Konzerte vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Gastdirigenten Ludwig Siede aus Berlin, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Bei gutem Wetter Prachtfeuerwerk.

Ammendorf. Eine Betriebsrätekonferenz der Gruben Hermine 1 und 2 und der Abraumbetriebe findet am Donnerstagabend 7 Uhr im Dreierhaus zu Osendorf statt. Alle Betriebsräte und Ersatzleute sind zum Erscheinen verpflichtet.

Bruckdorf-Zwintschöna. Bericht von der Generalversammlung der Partei wird am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gasthaus Große gegeben. Die Genossen mögen sich zahlreich an der Distriktsbesprechung beteiligen.

Döllnitz. Zum Schiedsman des Amtsbezirks Döllnitz wurde der Gen. Karl Teichmann ernannt.

# Allerlei.

## Freche Agrarier.

Köln, 3. August. Als Beauftragte des Wucheramtes Zweibrücken nach dem Orte Krähenberg entsandt wurden, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Bauern und Besitzer empfingen die Kontrolleure mit Sensen und Mistgabeln, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer.

Die „Prinzessin" verdutzt mit dem Chauffeur. Wie das Tschecho-Slowakische Pressebureau meldet, ist die sogenannte Prinzessin Alexandra Viktoria, die geschiedene Gattin des „Prinzen" August Wilhelm von Preußen, mit dem Chauffeur Fritz Maier verschwunden. — Viel Vergnügen!

Millionenwerte in Papiergeld werden jetzt wieder an den unglaublichsten Stellen, im Strickstrumpf usw., aufbewahrt. Ja selbst in Fächern von Oefen wird das Papiergeld versteckt, so daß wie die Darmstädter Zeitungen berichten, als dieser Tage in Weisenheit der Mutter die jugendliche Tochter in einem rheinhessischen Dorfe in einem bisher unbenutzten Bratofen Feuer anzündete, nicht weniger denn 30 000 Mark in Papiergeld verbrannten; nur einige verkohlte 100-Markscheine konnten noch „gerettet" werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 04-19/fragment/page=0006

# Aus der Provinz.

## Die Auflösung der Arbeiterräte.

Durch Verordnung vom 18. Mai d. J. hatte Oberpräsident Hörsing in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar die in der Provinz Sachsen bestehenden Kommunal-, Kreis- und Bezirksarbeiterräte kurzerhand für aufgelöst erklärt, da sie „ihre Aufgabe erfüllt" hätten. Wir haben damals unsere Stellung zu diesem Gewaltstreich sozialpatriotischer Regierungskunst mehrfach kundgegeben und gegen dieses weitgehende Jugeständnis an das reaktionäre Bürgertum schärfsten Protest erhoben. Die Arbeiterräte wandten sich sofort beschwerdeführend an den Reichsminister des Innern. Nach langen Wochen erhielten sie endlich folgende, für alle gleichlautende Antwort:

**Der Reichsminister des Innern.** Berlin NW 40, 17. Juli 1920.
II C 3402 Königsplatz 6. — Moltkestr. 8.

Auf die Beschwerde des früheren Bezirksarbeiterrats in Halle a. S. vom 15. Juni 1920.

Der Herr Regierungskommissar in Magdeburg war auf Grund des Ausnahmezustandes berechtigt, die Arbeiterräte in seinem Bezirk aufzulösen.

Wenn in der Beschwerde diese Maßnahme als einseitig gegen die Arbeiter gerichtet bezeichnet wird, so vermag ich dem nicht zuzustimmen. (!) Im Gegensatz zu den Bürgerräten nehmen die Arbeiterräte für sich eine Kontrolltätigkeit über die Behörden, also eine amtliche Tätigkeit in Anspruch. Gerade solche gesetzlich nicht vorgesehene (!) Kontrolle der ordnungsmäßigen Behörden durch einseitig zusammengesetzte Organe muß im Interesse der öffentlichen Sicherheit vermieden werden; sie widerspricht der demokratischen Auffassung. Sofern Bürgerräte eine derartige Kontrollbefugnis für sich in Anspruch nähmen, würde gegen sie in gleicher Weise eingeschritten werden.

Ich weise daher die Beschwerde als unbegründet zurück.

In Vertretung:
(gez.) Lewald.

Hieraus ersieht man, wozu alles der Belagerungszustand dienlich ist. Seine Aufhebung war längst beantragt, aber er mußte eigens zu dem Zweck aufrechterhalten werden, um Gewaltakte gegen die Arbeiterklasse rechtfertigen zu können. Bezeichnend für die heutigen Machtverhältnisse und den kapitalistischen Charakter der Staatsmaschine ist die Lobhudelei, mit der die Bürgerräte gegen die Arbeiterräte herausgestrichen werden. Die Bürgerräte brauchen selbstverständlich keine Kontrolle über die Behörden auszuüben, da ja die ganze Verwaltung nach bürgerlichen Grundsätzen im Interesse der Bourgeoisie gehandhabt wird. Die übliche Berufung auf die „öffentliche Sicherheit" darf natürlich nicht fehlen. Die ganze „Begründung" verrät bürgerliche Ideologie.

---

**Sangerhausen. Glänzender Erfolg für das Volksblatt.** Bei der am Sonnabend und Sonntag stattgefundenen Hausagitation für das Volksblatt wurden nahezu 200 neue Leser gewonnen. Gewiß ein guter Erfolg, wenn man bedenkt, daß ein großer Teil der Sangerhäuser Arbeiter noch immer gezwungen ist, zwei Zeitungen zu halten. Hat es doch der Verlag der Sangerhäuser Zeitung verstanden, am 1. Juli den Betrag gleich für das ganze nächste Vierteljahr einzukassieren. Die Herren in der Magdeburger Straße hatten schon gemerkt, daß es ihnen schlecht gehen werde, wenn die Arbeiterschaft sich in größerem Umfange als bisher entschließt, die ihr allein angemessene Zeitung, das Volksblatt, zu lesen und sich gleichzeitig von dem bürgerlichen Papier befreit. Noch wirkungsvoller wird der Hauptstoß werden: bekanntlich hat die Vorständekonferenz am 11. Juli den Beschluß gefaßt, ein eigenes Organ der USPd. für den Kreis zu gründen. Arbeiter, Parteigenossen! Mit größter Energie müssen jetzt alle in jedem Ort für die eigene Presse eintreten. Anteilscheine zu 20 Mk. sind beim Gen. Garleyp, Sangerhausen, Dammstraße 6, zu haben. Außerdem nehmen die Ortsvereinsvorsitzenden Zeichnungen auf Anteilscheine entgegen. Es gilt, den Kampf um die Befreiung des Proletariats mit allen Waffen zu führen, eine der schärfsten und schneidigsten Waffen ist die Presse. Deshalb alle ans Werk!

**Sangerhausen.** Die Kraftwagen-Personenpost Sangerhausen—Wippra—Harzgerode hat gestern, Dienstag, den Verkehr aufgenommen. In jeder Richtung sind zunächst drei Fahrten vorgesehen: ab Sangerhausen 8.25 Uhr vormittags und 4.15 nachmittags bis Wippra, abends 8.20 Uhr nach Harzgerode (Ankunft dort 11 Uhr nachts); von Wippra ab vormittags 7.39 Uhr, nachmittags 3.09 Uhr und von Harzgerode nachmittags 4.45 Uhr, ab Wippra 6.30 Uhr vom Postamt, an Sangerhausen 7.39 Uhr. Die Fahrt kostet für das Kilometer 40 Pf., also bis Wippra (Postamt) (17 Kilometer) 6,80 Mk., bis Harzgerode (32 Kilometer) 12,80 Mk. Die Fahrt mit der Kraftwagen-Personenpost stellt sich also für die Verhältnisse der Minderbemittelten recht teuer, dennoch bedeutet die Einrichtung eine bedeutende Verkehrserleichterung.

**Aus dem Kreise Sangerhausen.** In den letzten Wochen wurden im Kreise in den meisten Orten Versammlungen abgehalten. Ueberall wurde von den Rednern die politische und wirtschaftliche Lage behandelt, die Ausführungen der Referenten ernteten überall den stärksten Beifall. In Katharinenreith, Breiteben und Uthleben wurden neue Ortsgruppen gegründet. In den übrigen Orten wurden Neuaufnahmen für die Partei gemacht, und Leser für das Volksblatt gewonnen. Die Bewegung im Kreise geht gut vorwärts. Die Wintermonate werden den einzelnen Ortsvereinen für die Betätigung in der Organisation wertvolle Dienste leisten. Die Kreisleitung trifft Vorbereitungen, damit die Genossen auf dem Lande sich zu derart gefestigten Klassenkämpfern entwickeln, wie es ihre Arbeitsbrüder in den Städten sind.

**Oberheldrungen.** Dem für die zu Sonntag angesetzte Versammlung vorgesehenen Referenten war es wegen des an diesem Tage im Kreise besonders stark niedergehenden Regens nicht möglich, den Ort zu erreichen. Die Kreisleitung bittet die Genossen, dies zu entschuldigen, sie wird den Ausfall der Versammlung wettzumachen suchen. In der nächsten Zeit wird der Landtagsabgeordnete Gen. Otto Kilian (Halle), der uns nach 16 monatlicher Gefängnishaft für die Interessen der Arbeiterklasse wiedergegeben ist, in einer öffentlichen Volksversammlung vor der Oberheldrunger Einwohnerschaft sprechen. Schon jetzt sei auf diese Versammlung aufmerksam gemacht. Die Ortsvereinsleitung trifft nicht die geringste Schuld an dem Ausfall der Versammlung. Die Genossen wollen daher dem Vorsitzenden weiter ihr Vertrauen schenken und den Ausfall der Versammlung entschuldigen.

**Wittenberg.** Folgen des Schützenfestes. Ein hier wohnhafter Schneidergeselle hatte sich auf dem Schützenfestplatze einen starken Rausch angetrunken, was sich ein noch Unbekannter zu nutze machte. Dieser stahl dem Schneidergesellen eine Brieftasche mit 600 Mk. aus der Brusttasche. Unmäßiger Alkoholgenuß pflegt nie gute Folgen zu haben.

**Kemberg.** Raubüberfall. In dem nahe gelegenen Braunkohlenwerk Bergwitz wurden vor wenigen Tagen gegen Mittag zwei Angestellte, die 150 000 Mk. Lohngelder nach Hauptbureau zum Grubenbureau brachten, von vier in Feldgrau gekleideten Radfahrern unter Vorhaltung von Revolvern überfallen und des ganzen Geldes beraubt. Die Räuber flohen mit dem Gelde, welches vor den Augen der Ueberfallenen in einem braunen Rucksack verpackt wurde, in der Richtung nach Radis. Hilfe wäre durch Rufe leicht zu erreichen gewesen, wenn die Räuber dies nicht mit schußbereitem Revolver verhindert hätten. Die Lohnzahlung mußte zunächst verschoben werden. Die Täter sind bisher nicht erkannt.

**Mühlberg** (Elbe). Parteiversammlung. Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal. An die Kreiskasse sind 1599,15 Mark abgeliefert worden. Der Ortsverein umfaßt jetzt 356 Mitglieder. Dem Bericht unserer Stadtverordneten war zu entnehmen, daß die Fraktion der Ebpede von Mühlischem Land an Privatpersonen zu Bauzwecken unter Vorbehalt des Erbbaurechts zugestimmt hat. Zu der am 29. August in Falkenberg stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Klabe, Tauchnitz, Beuschold und Wenschke zu Delegierten gewählt. Die Anstellung eines Sekretärs wurde für notwendig erachtet. Eine rege Debatte entwickelte sich über die beabsichtigte Verlegung der Kreisleitung von Mühlberg nach einem industriereicheren Orte. Da der bisherige Vorsitzende sein Amt krankheitshalber niedergelegt hat, wurde Gen. Tauchnitz als Vorsitzender gewählt. Die Abonnentenzahl des Volksblattes kann noch bedeutend gehoben werden. Jeder, der das Volksblatt etwa mit dem Elbboten vergleicht, wird herausfinden, daß der Unterschied riesenaroß ist. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Beiträge pünktlich einkassiert werden müssen.

**Eilenburg.** Zu der Notiz „Ein roher Patron" erklärt Rittergutsbesitzer Bautsmann wie folgt: „Weder ich noch mein Sohn sind mit dem rohen Patron identisch. Wir verurteilen beide die Handlungsweise unseres Inspektors, denn um diesen handelt es sich, und werden das Aehrenlesen auf unseren abgeernteten Getreidefeldern nicht hindern, sofern die Aehrenlese einen Erlaubnisschein haben. Wir betonen ausdrücklich, daß wir allen Nachfuchenden einen Erlaubnisschein ausstellen werden." Hierzu äußern die mißhandelten Frauen: Der Inspektor und der junge Bautsmann Ähneln sich, daß dieser Irrtum entstehen konnte, außerdem ritt der Inspektor das Pferd des jungen Bautsmann und schrie fortwährend, daß er bestohlen und geschädigt würde, gebärdete sich also als Eigentümer. Der Mensch, dessen Allüren einmal der Oeffentlichkeit unterbreitet werden mußten, ist also der Inspektor des Rittergutes Wedelwitz. Hoffentlich verweist nun der Rittergutsbesitzer Bautsmann den Inspektor in seine Schranken zurück, was nach der obigen Erklärung zu erwarten ist.

**Halberstadt.** Ein Brand brach am Sonntagvormittag im Lehrseminar aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr hatte das Feuer bereits den ganzen Dachstuhl des Hauptgebäudes ergriffen. Doch gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken. Der westliche Dachstuhl ist völlig abgebrannt, wobei sämtliche auf dem Kofferboden untergebrachten Kommoden und Winterbetten der Seminaristen mitverbrannt sind. Die Ursache des Feuers ist bisher nicht aufgeklärt.

**Magdeburg.** Reichswehrchargierte als Spitzbuben und Schieber. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte hier Steuerzeichen für Zigarren im Werte von 200 000 Mk., die von den Leutnant Rohdewald, in Lage a. d. Lippe wohnhaft, gestohlen und durch den Feldwebel Schlunk von dort nach Magdeburg geschafft worden waren. Schlunk hat die Zeichen dann zum Weitervertriebe mehreren anderen Personen in die Hände gespielt, die nun verhaftet worden sind und sich vor Gericht zu verantworten haben werden.

**Erfurt.** Keine Wiedereinsetzung des kappistischen Oberst Weber als Kommandeur der Sicherheitspolizei. Die bürgerliche Presse wollte in den letzten Tagen wissen, daß der Kommandeur der Gruppe 2 der Sicherheitspolizei in Erfurt, Oberst Weber, von der Regierung wieder in sein Amt eingesetzt worden sei, „nachdem sich die vollkommene Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Angriffe und Beschuldigungen ergeben habe". Diese Meldung entspricht, wie wir jetzt erfahren, nicht den Tatsachen. Oberst Weber ist „aus disziplinarischen Gründen", d. h. wegen Kappiterei, beurlaubt worden, und die gegen ihn eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die Nachricht ist wohl auf eine Vertrauenskundgebung der reaktionären Erfurter Beamtenschaft, die eine Abordnung zum Oberpräsidium nach Magdeburg entsandt hatte, zurückzuführen. Ob allerdings bei der „Untersuchung" mehr herauskommt als z. B. bei dem Fall Rive in Halle, bleibt abzuwarten. Wir haben zu den „maßgebenden" Stellen nicht das Vertrauen, daß sie gegen Kapprebellen wirklich drehgreifen.

---

**Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.**


**Geschlechts-Kranke**

**Rasche Hilfe! — Doppelte Hilfe!**

Naturheilmittel, frischer und derbster Ausfluß. Heilung in kürzester Zeit. Syphilis, ohne Verunstaltung, ohne Einspritzung u. andere Gifte. Kassenschwäche, sofortige Hilfe. Aber jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen drastischen Gutachten und tausend freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung diskret gegen Einsendung von 60 Pfg. für Porto in verschlossenem Doppelkouvert ohne Aufdruck durch

**Spezialarzt Dr. med. Dammann,**
**Berlin G.77, Potsdamer Str. 123B.**
Sprechstunden: von 9—11 u. 2—4 Uhr.
Sonntags 10—11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

*268


## Amtliche Bekanntmachungen

**Städtischer Verkauf von Bratfett (kein Pflanzenfett), Reis, Armee-Konserven und Roß-Rot- und Leberwurst**

in der Talamtschule, am Donnerstag, den 5. August.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—5000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 5001—10 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6,00 Mk. für das halbe Pfund, ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, ferner eine Dose Armee-Konserven zum Preise von 6,50 Mk. und eine ½ Kilo-Dose Roßwurst zum Preise von 5,00 Mk. abgegeben werden.

Die Milchhändler werden hiermit aufgefordert, die Anmeldeabschnitte der jetzt noch zur Anmeldung kommenden Kunden mit Milchkarten der Klasse IV bis sofort dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen. Eine Belieferung mit kondensierter Milch ist sonst nicht möglich.

Der freihändige Verkauf in der städtischen Verkaufsstelle — Talamtschule — von: Knochenbrühextrakt in 500-Gramm-Dosen zum Preise von 2 Mk., feinstem schwarzen Tee, ¼-Pfund-Paket 4 Mk. und ½-Pfund-Paket 2 Mk., Trockenei (Ersatz für 3 Eier) 50 Gramm 4 Mk., Bohnen mit Fett, die Dose 1 Mk., wird fortgesetzt.

**Freibankverkauf.**

Zum Freibankverkauf am 5. August 1920 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 2751—2850.

## Saalkreis

**Warnung vor Teilnahme an Banden-Felddiebstählen.**

In Teilen des Saalkreises haben in der gegenwärtigen Erntezeit die Banden-Felddiebstähle einen Umfang und einen Charakter angenommen, die volkswirtschaftlich eine ganz empfindliche Schädigung und Erschwerung der Volksernährung bedeuten und strafrechtlich nicht mehr unter den Begriff des einfachen Felddiebstahls fallen, sondern die Kennzeichen der mit schwersten Gefängnis- und Zuchthausstrafen bedrohten Handlungen an sich tragen.

Banden bis zu fünfzig, hundert Personen ziehen unter Führung bewaffneter Männer auf ein abgemähtes Feld. Es werden Posten ausgestellt, die auf dieselben scharfe Schüsse abgeben, welche das Grundstück vor unberechtigten Eingriffen schützen wollen. Dann werden die Aehren abgeschnitten oder auch mit den Halmen abgemäht und die Beute wird fortgetragen oder fortgefahren. Abgesehen davon, daß derartige Räuberei den Besitzern der Feldgrundstücke beträchtliche materielle Verluste bringen, wird bei dem Abschneiden der Aehren so unvernünftig gehaust, daß mindestens ebensoviel Brotkorn zerstampft und sonst vermüstet wie gestohlen wird.

Es muß selbstverständlich gegen eine Verwilderung und Verwirrung der Rechtsbegriffe, wie sie im Auftreten solcher organisierter Diebesbanden zum Ausdruck gelangt, mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden. Und es kann nicht ausbleiben, daß es dabei nicht nur zu zahlreichen Verhaftungen, sondern auch zu Blutvergießen kommt. Ich mache deshalb alle Einwohner des Saalkreises auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam, die das unbesonnene und rechtswidrige Auftreten bei Felddiebstählen zweifellos nach sich ziehen wird.

Halle, den 3. August 1920.

Der Landrat des Saalkreises.
2687 Ab. Thiele.

## Sangerhausen

**Magermilch-Verkauf.**

Dienstag, den 3. d. M., auf die Nummer 1—220, Mittwoch, den 4. d. M., auf die Nummer 221—440, Donnerstag, den 5. d. M., auf die Nummer 441—660, Freitag, den 6. d. M., auf die Nummer 661 bis 880, Sonnabend, den 7. d. M., auf die Nummer 881—1100, Montag, den 9. d. M., auf die Nummer 1101—1500, Dienstag, den 10. d. M., auf die Nummer 1501 bis Schluß. Der Verkauf findet von 2—3 Uhr statt. *1294 Magistrat Sangerhausen.

**Spezialieferung an Kriegsbeschädigte.**

Dem Kreiswohlfahrtsamt ist ein Quantum Speck zur Verteilung an Kriegsbeschädigte zur Verfügung gestellt. Die Ortsgruppen der Kriegsbeschädigten-Verbände werden ersucht, ihre Mitgliederzahl beim Gemeindevorsteher zu melden, der sie zu beglaubigen und bis zum 14. August an uns einzureichen hat.

Zur Verteilung kommt pro Kopf ein Pfund Speck zum Preise von 10 Mk. *1293

Sangerhausen, den 3. August 1920.

Kreiswohlfahrtsamt Sangerhausen.

Es ist ein Taschenmesser gefunden.

Sangerhausen, den 2. August 1920.

*1294 Die Polizeiverwaltung.

Unter dem Schweinebestande des Hilfsschaffners Otto Hammer, hier, Töpfersberg 32, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sangerhausen, den 2. August 1920.

*1294 Die Polizeiverwaltung.

**Erwerbslosen-Fürsorge.**

Auf Grund von Nr. 111, Ziffer 5 der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 10. Januar 1920 zur Ausführung des § 15 der Verordnung über Erwerbslosen-Fürsorge vom 15. Januar 1920 — R. G. Bl. S. 54 — in der Fassung vom 26. Januar 1920 — R. G. Bl. S. 98 ff. — übertrage ich hiermit die Anerkennung von Maßnahmen, für die ein Zuschuß bis zur Höhe von einhundertausend Mark vorgesehen ist, auf die Regierungspräsidenten, für den Bezirk des Zweckverbandes Groß-Berlin — jedoch mit Ausnahme des Stadtkreises Spandau — auf den Oberpräsidenten.

Bei diesen Behörden sind durch die Hand der zuständigen Gemeindebehörde sämtliche Anträge auf Beihilfen aus § 15 a. a. O. ohne Rücksicht auf die Höhe des erbetenen Zuschusses einzureichen.

Berlin, den 20. Februar 1920.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt.
(gez.) Stegerwald.

Veröffentlicht.

Sangerhausen, den 30. Juli 1920.

Der Landrat als Vorsitzender des Demobilmachungs-Ausschusses des Kreises Sangerhausen.
Kasparek.

**Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Viehbeständen folgender Besitzer festgestellt: der Rittergüter Brücken II und III, R. Wagner in Brücken, Oskar Hühne in Obersleben, Otto Otte, Hermann Otte, H. Hoffmann, Karl Burghardt, R. Grobe in Riethnordhausen, Rosa Diemermann, Gottfried Eckstein in Oberröblingen, Rittergutspächter Franke in Wallhausen, Landwirt Richard Doenecke in Hackpfüffel, Ed. Hartwich, Karl Brandt, H. Stolle, Fr. Heiser, Fr. Heinecke, Witwe Röricht, Karl Wiedemann, Franz Kühne, Z. Laisch, Otto Heiser, O. Starke, Rich. Friedemann, H. Franke, R. Klaube II, Werner Hagel und Gut Wilhelmshöhe in Gonna. Ueber sämtliche verseuchten Gehöfte wird hiermit die Gehöftssperre verhängt. Für das Gut Wilhelmshöhe wird außer der Gehöftssperre noch die Flursperre für die an das Gehöft angrenzenden Grundstücke verhängt, wo die auf der Weide befindlichen erkrankten Schafe aufgestellt sind. Die durch die §§ 4 Ziffer 2 und 5 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920 (Sangerhäuser Zeitung Stück 173, Kyffhäuser Zeitung Stück 171) erlassenen Anordnungen sind genau zu beachten. Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Stellmachers Drobel in Obersleben und des Landwirts Adolf Brenne in Obersdorf. Die über diese Gehöfte verhängte Gehöftssperre wird aufgehoben.

Sangerhausen, den 2. August 1920. *1290

Der kommissarische Landrat. Kasparek.

Die Liste über das Ergebnis der Abstimmung zwecks Errichtung einer Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk im Bezirke des Kreises Sangerhausen mit Ausschluß der Orte Stolberg, Schwenda, Hayn, Straßberg, Breitenstein, Rottleberode, Stempeda, Hermannsacker und Rodishain ist von mir aufgestellt und abgeschlossen worden. Dieselbe liegt in der Zeit vom 7. bis einschl. 21. August im hiesigen Landratsamt, Zimmer Nr. 6, während der Vormittagsstunden von 7—12 Uhr zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten aus. Ich weise hierauf besonders mit dem Bemerken hin, daß nach Ablauf der Frist angebrachte Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

Sangerhausen, den 2. August 1920. *1290

Der kommissarische Landrat. Kasparek.

Infolge Aufhebung der Bundesratsverordnung über Rohfette vom 16. März 1916 (RGBl. 165) treten mit dem 1. August 1920 unter in Form der Bekanntmachung über Rohfette vom 15. April 1916 ausgesprochenes Rohfettablieferungsverlangen und unsere Anweisung über die Lostrennung usw. von Rohfetten vom 5. April 1916 außer Kraft. Somit brauchen auch vom 1. August an die von uns zur Mitwirkung bei der Erfassung der Rohfette bestellten Sachverständigen (Tierärzte bzw. Fleischbeschauer) nicht mehr für uns tätig zu werden. Wir verzichten auf weitere Schlachtmeldungen [illegible] für die rückliegende Zeit. Von [illegible] seit die dortigen Unternehmer [illegible] Fleischschlachtungen, sowie die zuständigen Herren Tierärzte und Fleischbeschauer in Kenntnis zu setzen.

**Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette. Rohfettablieferung.**

J. V.: Ullmann. J. V.: Dr. Lemke.

Veröffentlicht: *1291

Sangerhausen, den 31. Juli 1920.

Der Kreisausschuß. Kasparek.

**Verordnung zum Schutze der Mieter.**

Auf Grund des § 5a der Verordnung zum Schutze der Mieter vom 22. Juni 1919 (RGBl. S. 501) und der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg wird angeordnet, daß in der vom Kreisausschuß unterm 26. September 1919 erlassenen und in Nr. 230 der Sangerhäuser Zeitung abgedruckten Verordnung zwischen den Worten „Wohnräume und Läden" (Ziffer III, Abs. 1, Zeile 5, Abs. 2, Zeile 2, Ziffer IV, Abs. 1, Zeile 1) die Worte „Geschäftsräume, Bureaus" einzufügen sind. *1291

Sangerhausen, den 30. Juli 1920.

Namens des Kreisausschusses.
Der Vorsitzende. Kasparek, komm. Landrat.

Für den Standesamtsbezirk Berga ist an Stelle des früheren Gemeindekassenrendanten Hermann Bornkessel der Gemeindevorsteher Röhler zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 12. Juli 1920.

Der Regierungs-Präsident. J. V. gez. Unterschrift.

Veröffentlicht:

Sangerhausen, den 27. Juli 1920.

*1291 Der Kreisausschuß. Kasparek.

**Verordnung über die Preise von Schlachtvieh vom 4. Juni 1920.**

Durch Anordnung des Herrn Reichsernährungsministers vom 27. Juli 1920 ist die Gültigkeitsdauer der Verordnung über Preise für Schlachtvieh vom 4. Juni 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1122) (veröffentlicht in der Sangerhäuser Zeitung vom 11. Juni 1920, Nr. 130) bis zum 10. August 1920 verlängert worden.

Sangerhausen, den 31. Juli 1920. *1291

Der Kreisausschuß. Kasparek.

## Bitterfeld

**Zuckerkarten.**

Die Ausgabe der Zuckerkarten für August erfolgt am Donnerstag, den 5. August, von 8—12 Uhr für die Bezirke 1—3 und von 2—5 Uhr für die Bezirke 4—5, am Freitag, den 6. August, von 8—12 Uhr für die Bezirke 6—8 und von 2—5 Uhr für die Bezirke 9—10 im Döbringschen Konzerthause, Kaiserstraße 67, gegen Vorlegung der Brotscheine.

Bitterfeld, den 2. August 1920.

*1289 Der Magistrat. Richter.

Die Verbraucher im Industriebezirk können auf Abschnitt 10 der gelben Kreis-Lebensmittelkarte bei ihrem Kleinhändler ¼ Pfund Rangoonbohnen zum Preise von 85 Pf. entnehmen. Die Marken behalten ihre Gültigkeit bis zum 10. August d. J.

Bitterfeld, den 2. August 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

**Fleischversorgung.**

In der Woche vom 1. bis 7. August 1920 kommen auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 1 zur Verteilung: Für sämtliche Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlächterei des Kreises pro Person 120 Gramm Corned-Beef. Der Kleinverkaufspreis beträgt für das Pfund 8,85 Mk.

Bitterfeld, den 3. August 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0007

# Leben • Wissen • Kunst

## Russische Menschen.*)

Von Anna Siemsen.

Ein Buch aus Sowjet-Rußland! Aus dem Moskau der Revolutionskämpfe gleich nach Friedensschluß. Der Dichter läßt seinen Helden selbst erzählen.

Ein Schriftsteller, ein gefeierter, glänzender Stern der russischen Literatur, kommt aus dem Felde zurück. Er findet eine sterbende Stadt, verödete und verfallene Häuser, hungernde, hilflose, untergehende Menschen. Und inmitten dieser Not einen erbitterten Kampf der feindlichen Parteien. Stadtviertel werden bombardiert, junge Adlige, Männer und Frauen, verteidigen sich nach einem mißglückten Putsch in ihren zur Festung verwandelten Häusern, die Gefängnisse sind überfüllt, Todesurteile werden gefällt. Der Terror herrscht, gnadenlos von beiden Seiten.

Und daheim findet der im Krieg Ergraute, müde gewordene, ein zerfallenes Haus, ein Weib, das ihm treulos geworden, im Schmutz der langen Kriegsjahre verkommen ist. Er findet eine Tochter, die in dem gleichen Schmutz versinkt und verlorengeht. Armut überwältigt ihn. Der einstmals Reiche, der im Luxus lebte, findet sich von jedem Einkommen, von jeder Lebensmöglichkeit abgeschnitten. Er leidet Not, er hungert. Er sieht seinen kleinen Sohn langsam in Hunger und Kälte dahinsiechen und sterben. Sein Schicksal ist das von Tausenden.

Wer führt diesen Kämpfen und Krämpfen die Zügel? Zwei aus den „regierenden Schichten" treten auf. Der jugendliche Leiter der Staatsbank, ein gläubiger Dogmatiker, dem seine Glaubenssätze jeden Einblick in die Wirklichkeit verbauen, — der nach dem Buchstaben sozialistischer Broschüren seinen Weg nimmt. Und der Direktor der Moskauer Gefängnisse, den 22 Jahre Kerkerhaft ganz durchtränkt haben mit der Entschlossenheit, das fluchvolle alte Regiment und alles, was ihm anhängt, auszutilgen mit allen Mitteln der Gewalt. Er kennt keinen andern, Gewalt mit Gewalt vernichten und durch den Schrecken eine herrliche und freie Zukunft vorzubereiten, das ist sein Glaubenssatz.

Unter diesem Regiment von harten Glaubensfanatikern drängt sich eine Menge hilfloser Menschen, die Sinn und Zweck dieses wirren Geschehens, Sinn und Zweck aller ihrer Leiden zu erfassen suchen. Wo sie nicht dumpf sich ergeben, wo sie nicht verzweifelt sich empören, finden sie ihn im Leiden selbst. Die Welt ist so befleckt, so auf den Grund verderbt, daß nur ein Läuterungsfeuer alles vernichtenden Leides sie reinigen und retten kann. Man muß sich unterwerfen, muß sich dem Leid hingeben, es suchen und auskosten, dann allein kann aus dieser Reinigungsglut eine neue und bessere Welt mit erneuerten Menschen erstehen. Russische Märtyrer und Asketeninbrunst schafft sich diesen Glauben. Und ihre widerstandslose Hingabe ermöglicht es vielleicht einzig, daß unter den unerhörten Krämpfen der Revolution das Volk weiterlebt und überdauert wie die neuaufwuchtenden Kräuter eines umgepflügten Feldes.

Und in diesem neugewühlten Boden erwächst dann auch der neue Mensch. Oder ist es nicht vielmehr der alte „russische Mensch", den wir aus Tolstoi und Dostojewski kennen? Ein alter Landstreicher, der in dem großen und verlassenen Hause, das der Held bewohnt, sich als Hausknecht selbst etabliert. Er nimmt keinen Lohn. Er lebt von dem, was ihm die andern freiwillig mitteilen. Er ist für alle da, liebt alle. Seine einzige Aufgabe im Leben ist, Menschen zu suchen und mit ihnen Gemeinschaft zu pflegen. „Der gute Mensch" wird er genannt, weil er selbst jeden so anredet: Guter Mensch. Kein Frommer, kein Fanatiker irgendeines Glaubens, kein Kämpfer, sondern ein Einfältiger und Glücklicher, der nach dem schönen Wort unseres alten deutschen Meisters Eckhart: „aus der Wahrheit lebet und seine Werke schafft". In Deutschland haben jeweils seit dem Emanuel Quint junge Dichter versucht, ein solches Bild des einfach menschlichen Menschen zu schaffen. Es ist uns leider nicht geglückt, es in solch überzeugender Einfachheit hinzustellen. Deshalb, will mir scheinen, weil uns die Urbilder fehlen.

Vielleicht ist ein so starker politischer und sozialer Druck auf der einen, die unbeugenste Möglichkeit des freien Wanderns und Vagabondierens in einem weiten Lande und einer nur lose gefügten Gesellschaft auf der andern Seite — vielleicht ist das beides nötig, um solch weitherzige, weiche unbekümmerte und gütige Menschen zu schaffen wie jene, die wir als „russische Menschen" anziehen uns gewöhnt haben. Im ganzen, soviel engeren Westen sind solche Menschen nicht möglich, und vor allem in unserem Lande der Disziplin, der Ruhe und Ordnung und der abgeschliffen Uniformknöpfe.

Aus diesem reinen und urmenschlichen Menschentum aber strahlt auch auf die andern die Kraft zur Erneuerung über. Während den Helden unter den Händen alles zerfällt und stirbt: Reichtum, gesellschaftliche Stellung, Familie, während er den Hunger und die Angst um das nackte Leben kennenlernt und vergeblich sucht sein Kind zu retten, während er erfährt, wie trügerisch sein Schriftstellertum war, daß er, ein Irrender, die Jugend, die ihm folgt, in tödliche Verwirrung führt; während er die tiefste Selbstverlassenheit durchleben muß, kommt ihm die neue Erkenntnis: das neue Leben erbaut sich nicht durch Vergeltung und Gewalt, sondern durch Verzeihen und Liebe. — Eine einst von ihm Verführte, jetzt zur Soldatendirne Erniedrigte, wird von ihm gefunden. Er nimmt sie in sein Haus und seine Pflege. Er hält und liebt die versinkende Tochter. Er begegnet noch einmal seinem Weibe, und die beiden reichen sich am Sterbebett ihres Kindes die Hand zur Versöhnung. Es gelingt ihm durch seinen alten Ruhm — Direktor des Zentralgefängnisses zu werden. Und er benutzt den Tag seines Amtsantritts, um alle Gefangenen zu befreien. Heimkehrend von dieser für ihn tödlichen Tat findet er seinen Sohn sterbend. Milch könnte vielleicht den Verhungernden retten. Er stürzt fort, sie zu suchen. Als er zurückkommt, ist der Junge tot. Soldaten, die ihn verhaften wollen, haben die einstige Geliebte erschossen. Seine Tochter aber hat in dieser schwersten Stunde einem Kinde das Leben geschenkt. Damit endet das Buch.

Was gibt es uns? Aus unpolitischen, aus parteilosen Augen gesehen ein Stück russischen Daseins. Es ist nicht der berüchtigte Standpunkt „über den Parteien", vielmehr der Blick des unpraktischen, hilflosen Menschen, der Blick des zeitlosen Dichters, dem sich das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte auflöst in den Kampf leidenschaftsgepeitschter Menschen gegeneinander und gegen ein übergewaltiges Schicksal. Durchschauend erkennt er die Hilflosigkeit und Geburtsbereit all dieser Kämpfenden und erlebt sie erkennend mit ihnen. Und dieses Mitleiden — mit den edlingen Kadetten ebenso wie mit seinem terroristischen Gefängnisdirektor — gibt seiner Dichtung die Parteilosigkeit, die doch von Richtungslosigkeit so weit entfernt ist. Diese Parteilosigkeit vielmehr vermittelt erst recht die starke Erkenntnis des Dichters: das Alte, die alte Gesellschaft und der alte Staat sind zerfallen. Hoffnungslos ist der Kampf jener, die sie wieder erstehen lassen wollen. Am stärksten tritt die Hoffnungslosigkeit hervor in jener Szene, als eine Abordnung von Professoren und Künstlern dem Helden, dem berühmten Mann, ihre Anliegen vortragen. Sie ahnen nicht, daß er selber gleich hilflos ist, sie ahnen nicht, daß es keine Hilfe für sie gibt, daß sie verloren sind, entwurzelt und preisgegeben mit der Gesellschaft, deren Diener sie gewesen. Sie sehen nur ihr kleines Schicksal und wissen nicht, einen Weltuntergang zu erleben.

Der Dichter weiß das. Er sieht alle seine Schrecken, aber er sieht auch, was hindurchführt: die bedingungslose, hingebende und mutige Liebe zum Leben, die nur dem ganz einfachen oder ganz gereiften, dem hindurchgegangen und dem durch alle Leiden gegangenen Menschen eigen ist. Darum steht am Ende seines Buches, am neuen Anfang, der „gute Mensch", der Greis und das Kind, das, neugeboren, mit seinem ersten Schrei die Unbesiegbarkeit des Lebens verkündet.

Es ist meine — unbeweisbare und unbeseigbare — Ueberzeugung, daß Dichtungen uns allein die gesamnelte Wahrheit über Menschen und gesellschaftliche Zustände geben können. Wissenschaft kann nur Analyse sein. Sie bedarf der Synthese durch eigenes Erlebnis oder durch den Brennspiegel der Dichtung. So glaube ich, daß Panins Buch aufschlußreicher und wichtiger ist für viele russische Probleme, als manche sorgfältige Untersuchung — womit ich nichts gegen Untersuchungen und Broschüren sagen will —, aufschlußreich für Rußlands jetzt zum Teil wohl schon überwundene Nöte, aufschlußreich für seine Möglichkeiten und Hoffnungen, aufschlußreich aber auch für die Frage, ob wir Rußland nachfolgen können.

Je mehr man mit lebender Verwunderung und Bewunderung russisches Dasein im Spiegel der Dichtung verfolgt, desto überzeugter wird man sein, daß sich seine Reife nicht ohne weiteres auf uns übertragen lassen. Anderes Land, andere wirtschaftliche Verhältnisse, ein anderes gesellschaftliches Gefüge hat solch andere Menschen geformt. Die Kräfte, die bei uns miteinander ringen, die Leidenschaften, die uns treiben, die Ziele, die uns bestimmen, all das ist durchaus verschieden. Und es gibt eigentlich nur drei Punkte der Verwandtschaft: Wir wie die Russen erleben den Verfall der alten Gesellschaft und stehen vor der Riesenaufgabe, der neu sich gebärenden Welt ans Licht zu helfen. Wir wie die Russen sehen nur eine Klasse, die in diesem Geburtskampf Zukunftsträger ist: das Proletariat. Wir wie die Russen sind vor den großen Gegensatz gestellt und vor die Wahl zwischen der Gewaltpolitik und der alten Klassengesellschaft und der Forderung der neuaufsteigenden gewaltlosen Menschheit. Wir wie die Russen erleben eine schwere, vielleicht die schwerste und entscheidungsvollste Stunde der Menschheitsgeschichte.

Es ist gut, in solcher Stunde in fremdem Anblick den gleichen Kampf sich spiegeln zu sehen und dadurch zur Selbstbesinnung zu kommen.

Nur solche menschlichen Dichtungen wie Panins Buch können uns diesen Dienst erweisen. Darum sei es jedem warm empfohlen.

*) Victor Panin, Die schwere Stunde. Berlin 1920. Verlag Paul Cassirer.

## Grieshuus.

20]

Novelle von Theodor Storm.

Da sagte der größte von den Kerlen: „Herr, wir haben ja die schlimmen Tag'; man lebet doch nur einmal."

„Wisset ihr," rief der Oberst, „daß ihr des Junkers Leute seid? Ich kann euch schicken, ohne euch zu fragen!"

Und da sie abermals schwiegen, schlug das Mädchen wie in Zorn und Verachtung die Hände ineinander: „Die würden nicht zum Feile reiten; aber gebet mir das Pferd, wenn sich die Mamnsleut' fürchten!"

„So nicht, Jungfer Abel!" rief ich. „Ich bin kein Reiter, aber so man mich verlanget, bin ich gleich Ihr dazu bereit!"

Da, während sich allmählich ein Haufen Gesindes in das Zimmer gedrängt hatte, wurde unten die schwere Haustür aufgestoßen; es kam die Stiegen zu uns herauf, hastend und doch mühsam; und alle Köpfe wandten sich. „Der Wildmeister," raunte es unter den Leuten, „das ist der Wildmeister!" Sie wichen alle zurück, als die große Gestalt des Greises in das Zimmer trat. Aber er schritt nicht mehr aufrecht wie vor Jahren; er schien in diesem Augenblick wie am Ende seines Lebens. Trotz der eisigen Nachtkälte draußen rann der Schweiß in Tropfen ihm in den weißen Bart. Er wollte sprechen, aber der Atem versagte ihm, und er neigte sich nur stumm vor seinem früheren Herrn.

Der reichte ihm beide Hände und sprach: „Ihr seid krank, Wildmeister; aber ich danke Euch, daß Ihr heut' gekommen seid!"

Da erhielt der Greis die Sprache wieder: „Nur alt, Herr Oberst, geben Sie mir einen Trunk von jenem Wein!"

Der Oberst schenkte den großen Glaspokal zum Rande voll, und der Alte trank durstig bis zum letzten Tropfen. Und allmählich richtete er sich auf. „Wer ist zur Brücke?" fragte er.

„Niemand," sprach der Oberst.

Vom Kirchturm unten aus dem Dorfe schlug es Mitternacht, und alle wandten das Haupt, um dem Schalle nachzuhorchen.

„Es ist Zeit!" rief der Alte und stand aufrecht, wie wir ihn vor Jahren gekannt hatten. „Gebet mir des Junkers Pferd Falada, so soll die Erde uns nicht lange halten!"

„Gehe, Marten," sprach der Oberst, „und sattle die Falada!"

Und der Knecht trollete sich schweigend, und die anderen Knechte und Dirnen gingen mit hinaus. Der Oberst reichte dem Wildmeister die Hände: „Ihr seid der Alte noch. Wir harren Euer, bis Ihr wiederkehret, und Gott geleite Euch!"

Doch als dieser sich zur Tür wandte, stand Abel vor ihm, mit ihren großen schwarzen Augen zu ihm aufblickend: „Ich darf nicht," sagte sie, „aber, Herr, Ihr werdet nichts versäumen!"

Da neigte der noch immer aufrechte Mann sich zu ihr, nahm den kleinen Kopf des Mädchens zwischen seine Hände und küßte sie liebevoll auf ihre Stirn. „Nein, Kind, so Gott will," sagte er leise; „ich liebe ihn ja noch mehr als du!"

„Noch mehr?" murmelte das Mädchen und schüttelte finster mit dem Haupte. Das sah ich noch, dann war ich mit dem Wildmeister draußen vor dem Haustor. Da stand schon die Falada, von dem Knecht gehalten; das edle Tier streckte den Hals und wieherte grüßend in die helle Nacht hinaus. Der greise Mann aber reichte mir die Hand. „Lebet wohl, Herr Pastor," sprach er, „betet für mich. Ihr kennet ja das Wort der Schrift: Unstet und flüchtig sollst du sein auf Erden! — Noch dies; dann, hoffe ich, wird Ruhe sein." Und da er mich ist ansahe, war mir, als schaue ein lebenslanger Gram aus diesem edlen Antlitz.

Er bestieg das Roß, wandte es und ritt über den Hof zum Tor hinaus. Ich aber ging ihm bis an den Rand der Mulde nach und sah noch eine Zeitlang die hellen Mähnen seines Rosses in der dunklen Heide fliegen.

Als ich die Treppe im Herrenhause wieder hinaufstieg, hörte ich die Tür des Krankenzimmers gehen, und mit ihrem Krückstock kam die blinde Mutter darauf hervor.

„Wo will Sie hin, Matten?" fragte ich.

„Zum Herrn," entgegnete sie kurz, „aber fass' Er mich an, Magister!"

So ging ich mit ihr hinein. Der Oberst saß wieder in seinem Sessel. Abel stand neben ihm, als sei sie gelahmt.

„Verzeihet, Herr!" sagte die Alte. „Wir hören die Dirnen reden, und das Frölen Adelheid fraget danach: Was ist mit dem Junker?" Dann hielt sie inne. „Ist hier noch jemand mehr zugegen?"

„Deine Abel," sprach der Oberst, „sonst niemand."

„Abel? Nein, die ist unten in der Stadt; das sei Gott geklaget; denn da ist rauhe Wirtschaft ihro."

Aber das Mädchen ging zu ihr und berichtete, was es hertreiben hatte. Die Alte stand gebückt und lauschte. „Wer soll denn reiten?" fragte sie.

„Der Wildmeister, Mödderscher; denn der ist wieder da und gleich nach mir hierhergekommen."

Die Alte hatte sich aufgerichtet: „Der Wildmeister? Den Ihr hier den Wildmeister geheißen habt? Wo ist der? Der darf nicht reiten!"

„Was redest du da wieder, Matten?" sprach der Oberst. „Ein Besserer wär' nicht zu finden. Er ist schon fort, er muß bald mitten in den Eichen sein."

Da fiel die Alte auf die Knie, und, ihren Krückstock in die Höhe streckend, rief sie: „So stehen sie beide vor Gottes Angesicht!"

Das Kerzenlicht, das allein in dem weiten Gemache brannte, und die Mondesdämmerung, die durch die hohen Fenster schimmerte, erzeugten ein seltsam wüstes Zwielicht. Es war so kalt und öde hier; mir war mit einemmal, als sei alle Hoffnung längst verloren.

Der Oberst hatte sich erhoben und wandelte hinkend auf und ab. „Die Stunde ist schwer, Matten," sagte er, „mache sie nicht schwerer durch deine Torheit!"

Die Alte entgegnete nichts, sie schien zu beten; doch Abel hob sanft und schweigend ihr altes Möddersch auf. Ich hörte, wie sie langsam den Korridor entlang und nach dem Krankenzimmer gingen.

Der Herr Oberst und ich waren jetzt allein. Vom Dorf herauf kam mit dem Wind ein Schlag der Turmglocke. „Eins!" sagte der Oberst.

„Ja, eins!" wiederholte ich. „Vor vier Uhr kann der Wildmeister nicht zurück sein. Wollen der Herr Oberst sich nicht zur Ruhe legen bis dahin?"

Aber er schüttelte den Kopf: „Wenn Er, Magister, mit mir wachen wollte?" Und da ich dessen ihn versicherte, zog er den Glockenstrang: „Vielleicht, er könnte selber kommen!"

Ich schwieg; aber eine Magd kam, und bald entzündete sich ein mächtig Feuer in dem großen Ofen, und der Oberst hieß sie seinen Sessel für mich davortragen.

Hier haben wir beieinander in der Nacht gesessen. Ein leichter Wind flirrte vor den Fenstern, und unterweilen ruckten wohl einmal die Wetterfahnen auf dem Dache. Sonst war alles still; nur wenn die Stunde wieder voll wurde, kam der Glockenschlag vom Dorf herauf. Geredet haben wir nicht viel mitsammen; des Obersten Gedanken mochten bei dem Sohme sein, auch wohl den greisen Reiter durch den Forst begleiten; denn einmal streckte er jählings beide Arme aus und rief als wie aus Träumen: „Gott schütz' sie beide!", schwieg dann aber wieder oder sprach dazwischen: „Wie weit mag's in der Zeit sein, Pastor?"

Ich selber aber — denn so voll selbstsüchtigen Gebarens ist unser Herz —, ich dachte allendlich doch immer wieder an die Abel, und in meinen Gedanken summete dann allegeit ein Gebet: „Ja, schütze ihn, mein Herr und Gott; aber das Herz des Mädchens, das mein Glück ist und das ihm nicht tauget, das wende du zu mir und gib uns deinen Segen. Amen!"

Das Feuer im Ofen war längst verloschen; jetzt prasselte auch das Licht auf und sank dann zusammen. Es wurde fast dunkel in dem Zimmer, obschon da draußen noch der Mond schien, und da ich wußte, wo das Feuerzeug zu finden, so stand ich auf und entzündete das neue Licht, das bei dem Leuchter lag. So war es wieder wie vorher.

(Fortsetzung folgt.)

## Kleines Feuilleton.

### Vier Gespräche oder Telegramme durch einen Draht.

Die Versuche, eine Mehrfachtelegraphie und -telephonie mittels schneller Wechselströme auf den vorhandenen Linien einzurichten, wurde schon wiederholt berichtet. Jetzt ist das Verfahren, wie Ministerialdirektor Bredow einem Mitarbeiter des B.T. mitteilt, auch auf größere Entfernungen erprobt worden. Auf der etwa 600 Kilometer langen Strecke Berlin—Frankfurt (Main) gelang es, auf einer einzigen Leitung neben dem Niederfrequenzgespräch noch drei Telegraphenverbindungen mit Hochfrequenz einzurichten, und zwar mit dem für starke Verkehrsbeziehungen zwischen den großen Orten im Reich allgemein benutzten Schnelltelegraphen von Siemens. Die Verbindungen erwiesen sich als so leistungsfähig, daß der gesamte, sehr starke Telegraphenverkehr zwischen Frankfurt und Berlin auf einem einzigen Draht und ohne nennenswerte Verzögerungen seit längerer Zeit abgewickelt worden ist. Dabei handelt es sich täglich um etwa 4000 bis 6000 Telegramme. Eine derartige Glanzleistung ist bisher noch von keiner Verwaltung erzielt worden. Gegenwärtig bedeuten die Hochfrequenzverbindungen zwischen Berlin und Frankfurt die Rettung des Verkehrs zwischen beiden Plätzen, weil das Kabel alt und morsch ist und deshalb sehr häufig Unterbrechungen stattfinden.

### Unser längstes Fernsprechkabel.

Aus Berlin wird berichtet: Um den Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Ostpreußen vor polnischen Schikanen zu sichern, ist ein Kabel zwischen Ostpreußen und der pommerschen Küste gelegt worden, das voraussichtlich etwa am 4. August endgültig fertiggestellt sein wird. Es soll in erster Linie dem Verkehr der Städte Berlin, Stettin und Hamburg zugute kommen. Das Kabel, das in Leba beginnt und in Tonlitten endet, ist mit 170 Kilometer Länge unser längstes Fernsprechkabel, da das bisher längste Kabel nach Schweden 135 Kilometer mißt.

### Stinnes.

Wie meinten Sie, verehrtester Herr Stinnes?
Wie war das Wort, das Ihre Weisheit fand,
von einer „Pfuche", die, „fremdländ'schen" Sinnes,
in Spa zerbrach den deutschen Widerstand?
Besog sich das, was also sie orakelt,
auf jene Leute aus Jerusalem?
Na ja, Sie sind nicht, was so schwer demakelt,
vom Stamme Sem!

Ach nein, Sie sind von einer andern Rasse
— trotz Ramsesbart und Augen, schwarz poliert —,
Sie Herr der Kohlen und der vollen Kasse,
der immerfort nach neuen Schätzen giert!
Und wenn Sie auch des „Knoblauchs Wohlgerüche"
so heftig reizen, daß sie fast plemm plemm,
Sie sind, Stinnes, Sie und ihre „Pfuche",
vom Stamme Nemm!

Der sanfte Heinrich im III.

### Heiteres.

Selbstgebackenes. Man soll nicht neugierig sein. Neulich sah ich an der Frühstückstafel eines Gasthofs in dem schwäbischen Badeort M. Die junge Frau eines Kurgastes wartet freigebig mit einem eigenartig aussehenden Kuchen auf, der aber allen grosartig mundet. Die einzelnen Scheiben waren von kleinen Marmeladenkügelchen wie durchsetzt. Als die junge Frau, eine Bauerstochter, stolz erklärte, das Gebäck hätte sie selber hergestellt, wollten die Damen natürlich sofort wissen, wie man „das mache"; besonders war ihnen unerklärlich, wie man die Muskklößchen in den Teig bekomme. „O, des ist sehr einfach," klärte die junge Landfrau auf, „da moch i mit'n Finger Löcher, die dis ga'n Grund gehe müsse, und alsdann fill i se aas mit Marmelad. Den Finger müsse'n aber vorher durch die Gosche (Mund) zieh'n, sonscht bleibt's Mehl klebe!" Die Damen verschwanden nach dieser „Aufklärung" auffallend schnell von der Gasthofstafel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200804-19/fragment/page=0008